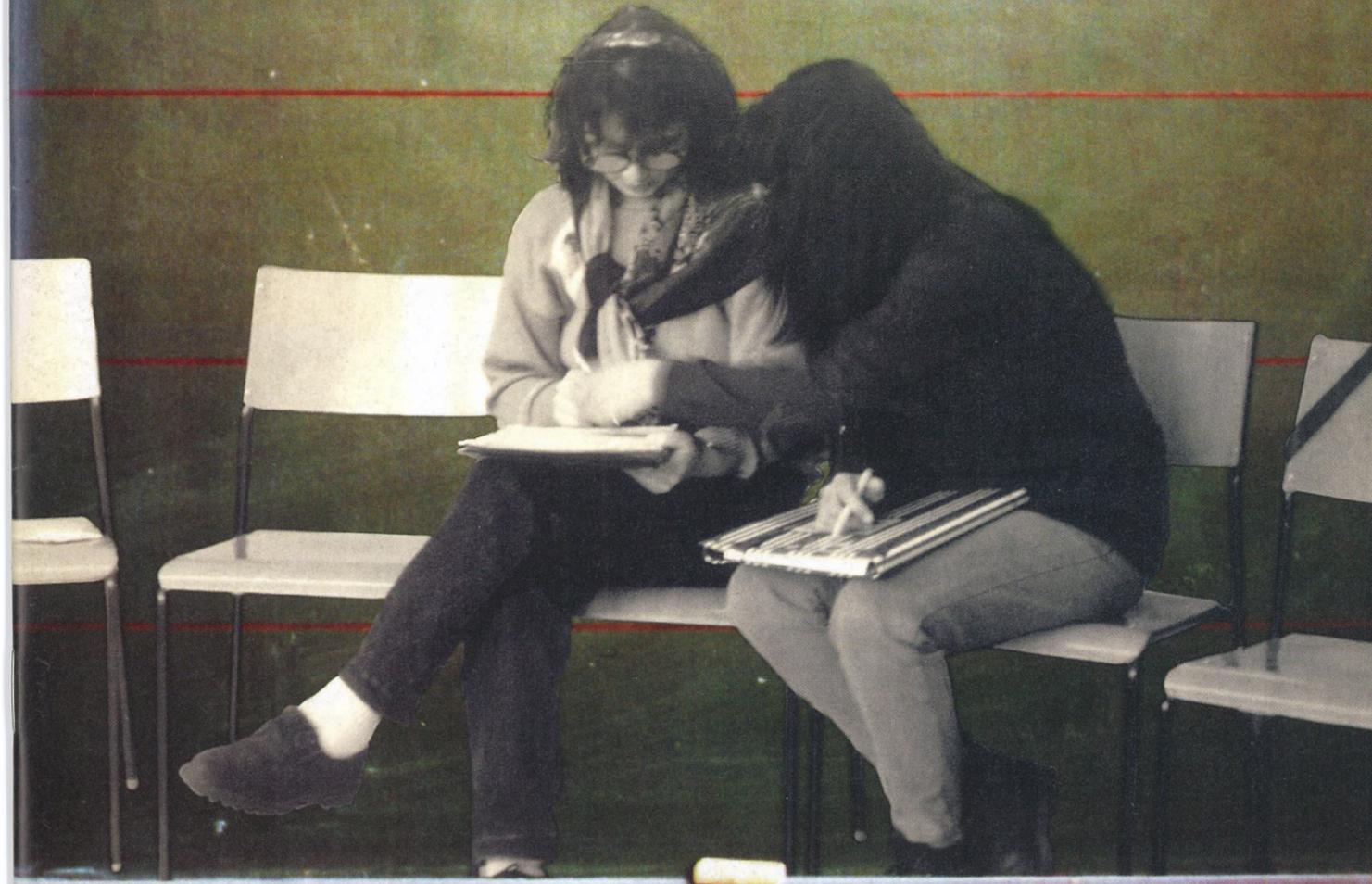


Stimme 14 / | 1995

STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

MIKROKOSMOS
SCHULE



ZEITSCHRIFT DER INITIATIVE MINDERHEITEN

Seit Februar wissen auch Politiker und Journalisten, daß Zigeuner Roma heißen. Zwar gibt es noch einige grammatikalische Verwirrungen (»der Roma sagte«, »die Romas kamen«), bald wird man aber auch damit fertig. Die allgemeine Aufklärung über das »fahrende Volk« blieb nicht bei der korrekten Bezeichnung – das Ursprungsland ist inzwischen ebenso bekannt wie die Tatsache, daß es sich um eine Volksgruppe handelt. Ganz zu schweigen von der medialen Darbietung facettenreicher »Romamusik«, von Berichten über Armut und Not dieses Volkes und darüber, daß Roma und Sinti zu den wichtigsten Opfern des Nazi-Regimes und seiner Massenmordmaschinerie gehörten.

»Political correctness« vom Feinsten als Allgemeingut, 50 Jahre nach Auschwitz, und das nicht aufgrund einer massiven Aufklärungskampagne des Staates in diesem bedeutungsstarken »Jubiläumsjahr«, sondern wegen einer Bombe, die vier Menschen tötete. Sicherlich ist es positiv, daß endlich an Vorurteilen gerührt wird, die Roma und Sinti seit Jahrhunderten verfolgen und den Boden für ihre soziale wie politische Ausgrenzung bilden. Natürlich soll sich jeder Nichtrom die Frage stellen, wieviel er von der auch gegenwärtig prekären Lage der Roma bislang wußte und warum so wenig. Selbstverständlich muß die offizielle Politik spätestens jetzt einiges aufholen, was sie bis zu jenem beschämenden Tag versäumt hat. Zumindest als eine Maßnahme gegen die Wiederholung solcher Morde.

Dennoch komme ich nicht umhin, mir die makabre Frage zu stellen, was denn passiert wäre, wenn die zweite Bombe, die in Stinatz, nicht einen Bediensteten des Umweltdienstes – also einen »Nicht-Adressaten« – verletzt, sondern einen oder mehrere Burgenländer Kroaten getö-

tet hätte. Ich glaube nicht, daß sich die Medien und die offizielle Politik in dem Fall mit Armutsliteratur, mit Geigenromantik oder mit Straßenpflastern hätten glaubhaft pflichtbewußt zeigen können. Gott sei Dank hat die zweite Bombe niemanden getötet (der verletzte Bedienstete stand bei der Berichterstattung auch etwas im »Schatten«), was aber die Tatsache nicht vergessen machen darf, daß die Bombe mit Mordabsicht gegen Kroaten gerichtet war – warum sonst Stinatz, warum jener Bekennerbrief!

Als die Briefbomben im Dezember 1993 ihr Unheil anrichteten, zog die Öffentlichkeit die »Lehre« daraus, daß ein paar extrovertierte »Ausländerfreunde« Opfer des Zorns einiger irritierter, womöglich schlecht erzogener Extremisten wurden. Die zweite Briefbombenserie fand nicht einmal annähernd so viel Interesse wie die erste. Nun, nach vier Toten, ist von Volksgruppen die Rede: vereinzelt, flüchtig und vorsichtig, von Minderheiten – vor allem aber von Roma, deren »Anderssein«, deren »dunkle Haut« keinen Grund zur »Fremdenfeindlichkeit« darstelle. Viele Wohlwollende fanden es sogar lebenswichtig zu betonen, bei den Ermordeten handle es sich um Österreicher. Nennen wir den Spuk beim Namen, wenn wir ihn wirklich loswerden wollen: Die gleiche Gesinnung ist es, die den nationalsozialistischen Staat und Auschwitz ermöglichte und heute in ganz Europa eine Renaissance erlebt. Und damals wie heute beginnt es mit den Morden an den Minderheiten – um morgen die Demokratie, anschließend die Nicht-Gleichgesinnten und schließlich die ganze Welt »gleich- oder auszuschalten«.

Die Gefahr, daß es »so weit« kommt, mag heute unwahrscheinlicher sein als damals – Oberwart hat gezeigt: Sie kann Menschenleben beenden.

Hakan Gürses

impresum

Impressum:

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des **Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten** (*Initiative Minderheiten*).

Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative

Demokratisch Leben, Tiergartenstr. 25, 6020 Innsbruck; **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 0222/ 586 12 49-12 Fax: 586 82 17; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel: 0512/ 586 783; **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 0222/ 586 12 49-12 Fax: 586 82 17; **Chefredakteur:** Hakan Gürses; **Redaktionelle Mitarbeit:** Hikmet Kayahan, Gerald Nitsche, Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Gabriele Müller-Klomfar; **Fotos und Fotoredaktion:** Mehmet Emir; **Zeichnungen:** Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses; **Graphische Gestaltung:** schultz&schultz-Mediengestaltung; **Herstellung (Repro & Druck):** Dolezal GesmbH, Herzgasse 49, 1100 Wien, Tel: 0222/ 604 34 44; **Verlags- und Erscheinungsort:** Innsbruck; **Verlagspostamt:** 6020 Innsbruck. *Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.* **Aboverwaltung:** Hikmet Kayahan (Redaktionsadresse); **Jahresabo** (4 Hefte): öS 180,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des **Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten** (*Initiative Minderheiten*) mit der grundlegenden Richtung, gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihrer Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Der **Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten** (*Initiative Minderheiten*) ist Mitglied bei der politischen Partei Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaber) und Herausgeber der Zeitschrift mit folgenden Vorstandsmitgliedern: Dr. Michael Oertl (Obmann), Dr. Ursula Hemetek (Obmann-Stv.), Hermann Rothe (Kassier), Mehmet Emir (Kassier-Stv.), Dr. Helga Mracnikar (Schriftführer) und Elisabeth Feuerstein (Schriftführer-Stv.). Die Adressen vom Medieninhaber und vom Herausgeber sind oben angeführt.



Mikrokosmos Schule Reportage

Bildungseinrichtungen bilden eine der Quellen der kollektiven Identität(en), die Schule spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Minderheiten- und Mehrheitenbildung. Mehrsprachiger Unterricht, Interkulturalität, Regel- oder Sonderschule: Stichworte zu verschiedenen Modellen, die in diesem Heft vom minoritären Standpunkt aus diskutiert werden. Vladimir Wakounig stellt die »ethnische Schule« als Ghettoisierung in Frage, während Peter Gstettner die andere monokulturelle Sackgasse beschreibt und Richtlinien für eine Regelschule der Zukunft vorschlägt. Das Gespräch mit der Sonderschullehrerin Elfriede Kovacic führt die ambivalente Funktion der Sonderschule vor Augen: eine Alternative oder ein Auffanglager? Dieter Schmutzer beschreibt das homophobe Klima in den Bildungsinstitutionen, Erwin Riess (*Groll & Tritt*) das behindertenfeindliche. Gerhard Hochreiters Beitrag befaßt sich mit der im Herbst auslaufenden Wiener Einrichtung der Interkulturellen Nachmittagsbetreuung IKL. Ebenso in Wien beheimatete außerschulische Bildungsinstitutionen zählt Hikmet Kayahan in einer Bestandsaufnahme auf. Er ist auch der Koordinator des von der Initiative Minderheiten eingerichteten Arbeitskreises »im: bildung«, der vor kurzem seine erste Sitzung hatte. Interessenten können sich im Wiener Büro bei Kayahan melden.

Die Bomben in Oberwart und in Stinatz/Stinjaki haben zwar die Medien veranlaßt, eine Zeitlang relativ viel über Volksgruppen zu berichten; diese mediale Welle ist aber erstens schon wieder »passé«, und zweitens bildete eine folklorisierende Ethno-Schau ihre Hauptströmung. Daher haben wir, trotz der langen Zeitdistanz, minoritären Stimmen und das »geistige« Umfeld dieser politischen Morde beschreibenden Analysen Platz eingeräumt - auf Kosten der Rubrik »Stimmen«, die mit dem nächsten Heft weiter geführt wird.

Berichte

Unter diesem Titel beginnen wir mit einer neuen Rubrik, wo von - auf Minderheiten bezugnehmenden - Projekten und Veranstaltungen berichtet wird. Der Eklat um ein *Schulprojekt* zum »Jahr der Toleranz«, eine *Podiumsdiskussion* zum Thema »Frauen und Sparpaket« sowie die Lage der Jugendlichen nach der Neuregelung der »Arbeitsmarktquoten« für Migranten bilden diesmal die Hauptthemen.

Kulturen & Künste

Stefan Nicolini befaßt sich in diesem Heft mit einer Theatergruppe »anderer« Art: »Kultknast« nennt sich das Ensemble, dessen Mitglieder Gefängnisinsassen sind. Über Peter Wagners Stück »März. Der 24.«, eine Momentaufnahme aus den letzten Tagen des 2. Weltkriegs, hat Gabriele Müller-Klomfar geschrieben.

inhalt

| | |
|--------------------------------------------------------|----|
| Impressum | 2 |
| Bildungsinstitutionen V. Wakounig | 4 |
| Minderheitenpolitik P. Gstettner | 6 |
| Lernen – nicht nur | 9 |
| Sonderschule ... Interview m. E. Kovacic | 10 |
| Groll zitiert B. v. Suttner E. Riess | 12 |
| Das »IKL« läuft aus ... G. Hochreiter | 13 |
| Wenn Schwule Schule machen D. Schmutzer | 14 |
| Brief aus Stambul G. Nitsche | 16 |
| Sostar? – Warum? U. Hemetek | 17 |
| Den Anfängen wehren? ... | 18 |
| Fremdenfeindlichkeit ... F. Schruiff | 20 |
| »Für eine wirkliche Gleichstellung ...« | 22 |
| Toleranz und Kunst in der Schule W. Barton | 23 |
| Kompetenzlos – Geldlos M. Judy | 24 |
| Das Ende d. Integration S. Pitscheider | 25 |
| Anonymes Theater aus dem Knast S. Nicolini | 26 |
| Erinnerung a. e. Totentanz G. Müller-Klomfar | 27 |
| Tips | 29 |
| Kahlauers Tagebuch | 31 |



von Vladimir Wakounig

Minderheiten und Bildungsinstitutionen Wo beginnt die Ghetto-Kultur?

I.

Politische Umwälzungen in Europa haben verschiedene Themen, die vor Jahren in manchen Ländern vielfach als Tabu galten und deshalb nur in kleineren Kreisen diskutiert wurden, zu einem selbstverständlichen alltäglichen politischen Diskurs gemacht. Zu solchen Themen gehören Demokratie, Menschenrechte, Umgang mit der Vergangenheit, Rassismus, Nationalismus, Minderheiten, Volksgruppenrechte u.a. Gerade die Auflösung größerer multinationaler Staatskomplexe (bspw. Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei) und die Entstehung neuer Staaten haben mit den Grenzziehungen neue ethnische Ausgrenzungen geschaffen. Volksgruppen, die bislang in einem staatlichen Verband verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen lebten, sind durch neue Staatenbildungen zu Minoritäten geworden. Man kann ohne weiteres behaupten, daß

mit der Gründung neuer Staaten in Europa ein *Ethnisierungs- und Minorisierungsprozeß* eingeleitet wurde, in dem viele Volksgruppen im ersten Moment eine Chance für ihre Emanzipation und Selbstbestimmung erblicken.

Getragen wird dieser Prozeß von einem Wertkonservatismus, der sich auf die sog. *ethnische und nationale Identität* konzentriert und kaum eine aufklärerische Diskussion über diese vagen Begriffe zuläßt. An Volksgruppenangehörige wird appelliert, sich endlich ihrer *wahren ethnischen Wurzeln* bewußt zu werden und ihr nationales Bekenntnis abzulegen. Die Erhaltung einer »einfachen und reinen« ethnischen Identität wird zum *allerwichtigsten höchsten Ziel des politischen Agierens von Volksgruppenangehörigen* erklärt, das eine selbstlose Unterwerfung eines jeden einzelnen unter die »*ethnische Gemeinschaft*« notwendig

macht.

Dieser »*ethnic revival-Prozeß*«, der mit ähnlichen Forderungen in der amerikanischen Gesellschaft der 70er Jahre ablief (vgl. *Elschenbroich 1986*), ist mittlerweile in allen europäischen Ländern zu beobachten und bei diversen ethnischen Gruppen sehr stark ausgeprägt. Ohne eine detaillierte Analyse einzelner regionaler ethnischer Wiederbelebensformen zu geben, kann festgehalten werden, daß Intellektualität und »*Expertentum*« in der Auseinandersetzung mit dem Ethnischen bzw. mit der ethnischen Identität nicht gefragt sind. Erwünscht ist vielmehr ein ethnischer und nationaler Populismus, »*der die einfachen Herzen und die reine Volksseele*« anspricht. »*Einfachheit und Reinheit werden in der anti-intellektuellen ethnischen Ideologie gleichgesetzt*«, stellt Donata Elschenbroich fest (ebd. 138). Der politische Aufstieg »*nationaler Politiker*« in den

europäischen Ländern bestätigt diese Hypothese (vgl. *Mommsen 1992; Komlosy u.a. 1994*).

II.

In die Diskussion um *ethnic revival* ist mittlerweile zunehmend auch die Bildungssituation einzelner Volksgruppen miteinbezogen worden. Vielfach ist zu beobachten, daß einzelne ethnische Gruppen nachdrücklich für eigene, von ihnen autonom verwaltete und gestaltete Bildungsangebote eintreten, um dadurch die *Kontrolle* über die Entwicklung und Erhaltung der ethnischen Identität zu haben. Der Drang in die ethnisch definierten Bildungsinstitutionen ist vor allem dort sehr ausgeprägt, wo es Volksgruppen verunmöglicht wurde, sich *gleichberechtigt* in die einzelnen Lebensbereiche der Gesellschaft zu integrieren, bzw. die *Assimilation* eine unaufschiebbare Bedingung gesellschaftlicher und sozialer Integration gewesen ist. In den autonomen Bildungsinstitutionen sehen Volksgruppen die Möglichkeit, »*fremde*« Einflüsse von außen abzuwehren und sich auf die Förderung und Vermittlung der eigenen kulturellen Tradition zu konzentrieren.

Hinter solchen Bildungsvorstellungen stehen meines

Erachtens mehrere Mißverständnisse und falsche Erwartungen, auf die hier nur schlagwortartig kritisch eingegangen werden kann.

■ Eigene ethnische Bildungsinstitutionen als »*ethnische Enklaven*« können sich nicht der allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmung entziehen. Sie erhalten sehr bald ein *Stigma* des »*ethnischen Ghettos*«, das bestehende Vorurteile über Ethnien begünstigt und verstärkt. Die Institutionen erhalten das Bild einer *geschlossenen Gruppe*, in die »*hineinfantasiert*« wird. Die Auseinandersetzung der Mehrheitsgesellschaft mit den Bildungsinstitutionen der Minderheit geschieht ohnedies schon auf der Ebene der Ablehnung, Abwertung, offenen Diskriminierung (bspw. »*Slowenisches Gymnasium ein Gift!*«) oder Mythologisierung (bspw. »*Slowenen sind bildungsprivilegiert!*«).

■ Jede sprachliche und kulturelle Separation im Bereich der Bildung ist sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheit langfristig eine bildungspolitische Verarmung. Insofern ist es objektiv zynisch, wenn in den eigenen ethnisch definierten Bildungsinstitutionen eine kulturelle Bereicherung gesehen wird. Nach Beobachtungen zu schließen, gibt es erstarrte Tendenzen bei den einzelnen Minderheiten, die Bedeutung eigener Bildungsangebote für die Entwicklung und Erhaltung der ethnischen Identität zu überschätzen. Nach dem Motto »*Mein und deswegen fein!*« bilden separate Schulen für ethnische Minderheiten eine gefährliche und durch keine nachvollziehbaren sachlichen Argumente »*romantisierende Verklärung der Ghetto-Kultur*« (*Auernheimer 1988, 161*).

■ Der Drang in die ethnisch definierten Bildungsräume legt das Verständnis nahe, daß gleiche Volksgruppenzugehörigkeit *per se* Solidarität und Stärke innerhalb einer Minorität garantiere. Erfahrungen zeigen, daß sich innere Solidarität nicht auf der Basis *einer »ethnischen Abstammung«* verordnen läßt und *ethnische Nischen* nicht vor einem Selbstzerfleischungsprozeß schützen. Im Gegenteil: Überall, wo Handlungsspielräume *ethnisch* abgegrenzt werden, werden gleichzeitig auch Möglichkeiten für alternative Interessen beschränkt. Gerade ideologische und weltan-

■ Die Vereinnahmung der Bildungsinstitutionen durch volksgruppenpolitische Zielsetzungen steht in einem Widerspruch zum Selbstver-

ständnis einer *offenen* und pädagogisch *attraktiven* Sozialisationsinstitution. Die Betonung von ethnischen Prioritäten (bspw. Vermittlung eines Nationalbewußtseins), die zu den wesentlichen Erziehungsaufgaben sog. *Volksgruppenschulen* gezählt werden, bedeutet letztendlich ein *Zurückdrängen* von Wertvorstellungen wie Offenheit, Liberalität, Demokratie, Solidarität mit Schwachen und Andersdenkenden, Pluralität und kritisches Aufgeklärtsein. In Gesprächen mit LehrerInnen, die an sog. *Volksgruppenschulen* in Österreich tätig sind, wurde auf die besondere Wichtigkeit einer ethnischen Identitätsstiftung bei der Arbeit mit SchülerInnen verwiesen. Aufgrund des Erwartungsdrucks, den ethnische Minoritäten wegen ihrer Existenzängste und Selbstbehauptungszwänge an sog. *Volksgruppenschulen* weitergeben, wird die pädagogische Arbeit an Wertvorstellungen ausgerichtet, die die *kulturelle Tradition* hervorheben. Es ist auf jeden Fall in Frage zu stellen, ob »*das psychische Überleben und die Stabilisierung einer kulturellen Identität*« (*Richter 1983, 107*) allein durch die Homogenisierung und Abkapselung der jeweiligen ethnischen Gruppe in eigenen Bildungsinstitutionen gesichert werden kann.

■ Der Drang in die ethnisch definierten Bildungsräume legt das Verständnis nahe, daß gleiche Volksgruppenzugehörigkeit *per se* Solidarität und Stärke innerhalb einer Minorität garantiere. Erfahrungen zeigen, daß sich innere Solidarität nicht auf der Basis *einer »ethnischen Abstammung«* verordnen läßt und *ethnische Nischen* nicht vor einem Selbstzerfleischungsprozeß schützen. Im Gegenteil: Überall, wo Handlungsspielräume *ethnisch* abgegrenzt werden, werden gleichzeitig auch Möglichkeiten für alternative Interessen beschränkt. Gerade ideologische und weltan-

schauliche Unterschiede können nicht unter einem »*ethnischen Glassturz*« ruhiggestellt und vermieden werden. Ethnisch separate Bildungsräume dürfen nicht als widerspruchsfrei gesehen werden, bloß weil ihre soziale Einheit durch die Ethnizität bestimmt wird (vgl. *Auernheimer 1988, 161*). In ihnen finden ebenso Kämpfe um kulturelle und politische Vorherrschaft statt.

III.

Die Funktion ethnisch definierter Bildungsräume als mögliche *homogene kulturelle Kolonien* ist umstritten. Dies umso mehr, als solche Bildungsinstitutionen meist auf konservative Wertvorstellungen zurückgreifen, die mit den heutigen Anforderungen an die Identitätsentwicklung Heranwachsender kaum vereinbar sind. Von daher wäre es äußerst wichtig, daß sog. *volksgruppenspezifische Bildungsinstitutionen* ihre impliziten ethnisch orientierten Erziehungsziele auf ihre gesellschaftliche Relevanz hin kritisch beurteilen.

Literatur:

- Auernheimer, G.** Der sogenannte Kulturkonflikt. Frankfurt/New York: Campus 1988
- Elschenbroich, D.** Eine Nation von Einwanderern. Ethnisches Bewußtsein und Integrationspolitik in den USA. Frankfurt/New York: Campus 1986
- Komlosy, A. u.a.** Krisenherd Europa. Nationalismus - Regionalismus - Krieg. Göttingen: Verlag Die Werkstatt 1994
- Mommsen, M.** Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie. München: Beck 1992
- Richter, H.** Subkulturelle Segregation, Assimilation und Remigration. Identitätstheoretische Grundlegungen für einen dritten Weg in der Ausländerpolitik. In: *Sozialarbeit und Ausländerpolitik. Neue Praxis, Sonderheft 7, 1983*

Österreich nach Brüssel - ECU nach Österreich

Bildung, Forschung und Kultur in der EU

Seit 1. Jänner ist Österreich Mitglied in der wahrscheinlich exklusivsten und teuersten Vernetzung der Welt, der *Europäischen Union*. Egal, wie man/frau zur EU steht, Tatsache ist, daß sie ihre ECUs in die Bereiche Bildung, Forschung und Kultur — zwar nicht fließen, aber — tropfen läßt: 1994 immerhin 14,8 Millionen ECU (ca. 200 Millionen Schilling) für Kulturprojekte in Mitgliedsstaaten.

Bei der Vergabe von EU-Förderung heißt die Devise: *Vernetzung*. Aussicht auf Förderung haben hauptsächlich Projekte und Initiativen, die über den Austro-Tellerrand hinausgehen, also transnational arbeiten; »*Europäische Dimension*« heißt das Zauberwort, wobei unter »*europäisch*« natürlich nur *EUropäische Partner* zu verstehen sind. Was aber nicht bedeutet, daß z.B. mit Ungarn, Nigeria, Mexico usw. keine Kooperation möglich ist (siehe auch Bericht über *Friedenserziehung und Konfliktlösung*, S. 11): Es müssen sich nur drei EU-Partner finden, und schon können Nicht-EU-Partner miteinbezogen werden.

Da läßt sich schon erahnen, worauf das Ganze hinausläuft: harte Arbeit, um sich im Förderungsdschungel zurechtzufinden. Wer sich nicht einschüchtern läßt, könnte belohnt werden. Schließlich muß Österreich sparen, und der ECU steht derzeit bei ca. 13 Schilling! **hk**

Einige Kontaktadressen:

Servicestelle für EU-Bildungsprogramme:
Büro für Europäische
Bildungskooperation
Reichsratsstraße 17/5, 1010 Wien
Tel.: 0222/ 402 28 38-30 bzw. 18

Servicestelle für EU-Forschungsprogramme:
Büro für Internationale Forschungs-
und Technologiekooperation
Wiedner Hauptstraße 76, 1040 Wien
Tel.: 0222/ 581 16 16-114

Servicestelle für EU-Kulturprogramme:
BMUKA
Koordinationsstelle für
europäische Integration
Minoritenplatz 5, 1014 Wien
Tel.: 0222/ 531 20-2371

Österreichische Minderheitenpolitik

von Peter Gstellner

im Spannungsfeld von EU-Beitritt, nationaler Bildungsideologie und rechtsextremen Terroranschlägen. Eine Standorteinschätzung.

Vor der Türe lockt das »Gemeinsame Haus Europa«: Euromarkt ohne Binnengrenzen, gemeinsame Währung und Verteidigung, »Harmonisierung« der Asylpolitik, die Schengen-Absprachen, »Partnerschaft für den Frieden«, Ministerposten in Brüssel, hohe Förderquoten für die schwachen Regionen, vielleicht einmal ein europäisches Volksgruppenrecht.

Zu Hause schreckt das politische Desaster: Sparpaket, Sozialabbau, militärische Grenzsicherung, rigorose Schubhaftpraxis, restriktive Asylpolitik, Wahlerfolge der deutschnationalen und ausländergefeindlichen Kräfte, Briefbomben und tödlicher Terror der Rechtsextremen.

Was kommt auf uns zu? Was ist zu befürchten? Der europäische Einheitsmensch, der (womöglich) durch eine »multikulturelle Schule« gegangen ist oder (noch schlimmer) der durch »Umerziehung« seiner »volklischen Identität« beraubt und der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft entfremdet ist? Oder droht Österreich gar die generelle »Ümvolkung«?

Diese Gefahr sieht nicht nur die F, die jede Entwicklung zu einer multikulturellen Gesellschaft und interkulturellen Verständigung ablehnt; diese Gefahr sehen auch so manche Gesellschaftstechnokraten aus den anderen Parteien, die die Asylwerber und Einwanderer am liebsten vor die Alternative stellen, sich entweder rasch an die österreichische Art des Umgangs mit Minderheiten zu gewöhnen oder (noch besser) gleich an der Grenze wieder umzukehren.

Insel der Seligen?

Das »Minderheitenjahr«, zu dem sich die Politiker offiziell nicht bekennen wollten, ging mehr oder weniger als

»Privatinitiative« über die Bühne. Gelegentlich war es allerdings für politischen Aufputz und öffentliche Zurschaustellung von Minderheitenfreundlichkeit und Toleranzrhetorik gut genug. Auch das jetzt offiziell proklamierte »Jahr der Toleranz« wird an dem schwer angeschlagenen Image Österreichs und an den Fakten, die die bisherige Sicherheits- und Außenpolitik gesetzt haben, nichts ändern: Österreich ist kein »sicherer Hafen« mehr für die Bedrohten und Verfolgten (nicht einmal mehr für Deserteure aus Bürgerkriegszonen oder für Frauen, die Vergewaltigungsopfer von kriegsgeilen Nationalisten wurden); Österreich ist nicht mehr das Land, in dem die entsprechenden internationalen Konventionen vorbildlich eingehalten werden, in dem die Minderheiten geschützt und im Alltag nach dem Gleichheitsgrundsatz behandelt werden, in dem Rechtsextremismus und Neonazismus vernachlässigbare Größen sind, in dem Antisemitismus und offene Fremdenhaß der Vergangenheit angehören; Österreich ist

auch nicht mehr das Land, das von sich behaupten könnte, daß der politische Terrorismus hier keinen Nährboden hätte. Der Traum von der Insel der Seligen ist endgültig ausgeht.

Daß Österreich, wie jedes Einwanderungsland, für seine multi-ethnische Bevölkerung automatisch »Heimat« ist und deshalb auch für Minderheiten Entwicklung und Zukunft in Frieden und Sicherheit garantieren muß, dieses Selbstverständnis ist bei weitem kein Allgemeingut. Daß das multikulturelle Österreich auch sein Schul- und Bildungswesen strukturell auf interethnische Verständigung und Mehrsprachigkeit ausrichten müßte, auch dieser Gedanke ist den verantwortlichen Politikern noch ziemlich fremd. Dieser Gedanke wird sich – logischerweise – nur schwer durchsetzen können, solange die staatliche Politik selbst weder Toleranz gegenüber Fremden nach außen noch Minderheitenschutz nach innen signalisiert, wenn innerhalb von Parteien und Parlamenten Bedrohungsphantasien und der Fremdenabwehr brei-

ter Raum gegeben wird. Unter diesen Umständen können auch keine kritischen Fragen zugelassen werden, weil sie die eigene Wählerklientel betreffen könnten. Zum Beispiel: Droht bei dem gegenwärtig so krampfhaft hochgehaltenen »Selbstbestimmungsrecht der Völker« und bei der allseits beschworenen »Wahrung nationaler Identität« nicht die Wiederkehr des alten kulturrassistischen Nationalismus, der schon einmal vor 50 Jahren Europa in einem barbarischen Blutbad versinken ließ, ein Nationalismus, der auch damals mit »ethnischen Säuberungen« begann und mit dem Holocaust endete? Braut sich nicht eine emotionale Melange von Wertkonservatismus, Ethnopluralismus und neuem »Patriotismus« zusammen, eine Mischung, die Wasser auf die Mühlen jener Politiker ist, die von ausländerfreien, ethnisch homogenen Heimaten oder »Freistaaten« träumen?

Sackgassen der Politik

Was kann die Bildungspolitik, die Kultur- und Sprachenpolitik eines Landes wie Österreich, das sich für »Europa« gerade fit gemacht und reif erklärt hat, tun, um aus der nationalen Sackgasse herauszukommen – ohne gleichzeitig den »freiheitlichen« Ethnopluralisten auf den nationalen Leim zu gehen? Daß die Schule und ihr Curriculum in einer nationalen Sackgasse gelandet sind, zeigt sich schon bei einem flüchtigen Blick auf den Stellenwert von Minderheitensprachen und -kulturen im traditionellen Bildungskanon. Immer noch haben die Minderheiten, sowohl die »alten« als auch die »neuen«, in der österreichischen Bildungslandschaft einen marginalen Status. Die Beschäftigung mit Minderheiten und ihren Sprachen ist nach wie vor »freiwillig« und findet in segregierten (ethnisch getrennten) Lerngruppen statt. Die Kärntner Minderheitenschule übernahm 1988 für diese Entwicklung

die Vorreiterfunktion – das Burgenland folgte.

Hinzu kommt, daß die gesamte Ausländer- und Fremdenpolitik mit ihren restriktiven Gesetzen für das interkulturelle Lernen »kontraproduktiv« gewirkt hat und ein wünschenswertes Klima der Verständigungsförderung gar nicht aufkommen ließ. Profitieren konnten von diesem Klima bisher lediglich konservative bis rechtsradikale Gruppen und Parteien, die mit zunehmender Aggressivität ihren fremdenfeindlichen Impulsen nachgeben und öffentlich ausleben. Die staatstragenden Parteien haben mit diesen Maßnahmen nicht nur das Image Österreichs als tolerante Vielvölkerrepublik verspielt, sondern zusätzlich massenhaft Wähler an die nationalen Wortführer verloren.

Auch gegenwärtig verweist die Sparpolitik der Regierung, angefangen von der drohenden Einstellung der interkulturellen Lernhilfe in Wien bis zur Kürzung von schulischen »Freizeitangeboten«, auf eine gewisse Uneinsichtigkeit gegenüber den Anforderungen der Zukunft, denn Integration und innerer Friede sind nicht zum Spartarif und schon gar nicht zum Nulltarif zu haben. Und an der falschen Stelle wurde bisher ja auch schon gespart. Hat denn die Republik in der Vergangenheit die jahrhundertalte Existenz nicht-deutschsprachiger Volksgruppen (wie Slowenen, Kroaten, Slowaken, Ungarn, Sinti und Roma und viele andere) jemals im Sinne einer Bereicherung des schulischen Kultur-, Sprachen- und Schulangebotes beachtet oder gar »gewürdigt«? Lehrbücher und Lehrpläne lassen jedenfalls davon nichts erkennen.

Europa der Minderheiten

Das »Minderheitenjahr 1994« ist vorbei, das »Jahr der Toleranz«

steht einstweilen nur auf dem Papier. Die Vision eines Europas der Minderheiten, eines Europas der Sprachen- und Menschenrechte stellt sich indessen als eine immer dringlichere Herausforderung dar. Die Vision ist zur unmittelbaren Notwendigkeit, zur konkreten Utopie herangereift. Wenn auch so manche Politiker Visionen grundsätzlich nicht aufkommen lassen wollen und sie am liebsten dem klinischen Bereich zuweisen möchten, so ist doch der Mehrheit (und den Minderheiten) inzwischen klar geworden, daß so ein Europa nur als ein historisch aufgeklärtes, multikulturelles und multilinguales Europa ohne innere und äußere, ohne alte und neue Grenzen vorstellbar ist. Jede nationale Abschottungsversion wird Europa in ein Schlacht- und Trümmerfeld zurückbomben.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer beginnt derzeit auch in Österreich aufzukommen, wenn immer häufiger Forderungen nach Bekämpfung des Rechtsextremismus, nach antifaschistischer Grundeinstellung, nach interkulturellem Lernen, nach antirassistischer Erziehung und nach einer multilingualen Sprachenpolitik erhoben werden. Die richtige Antwort

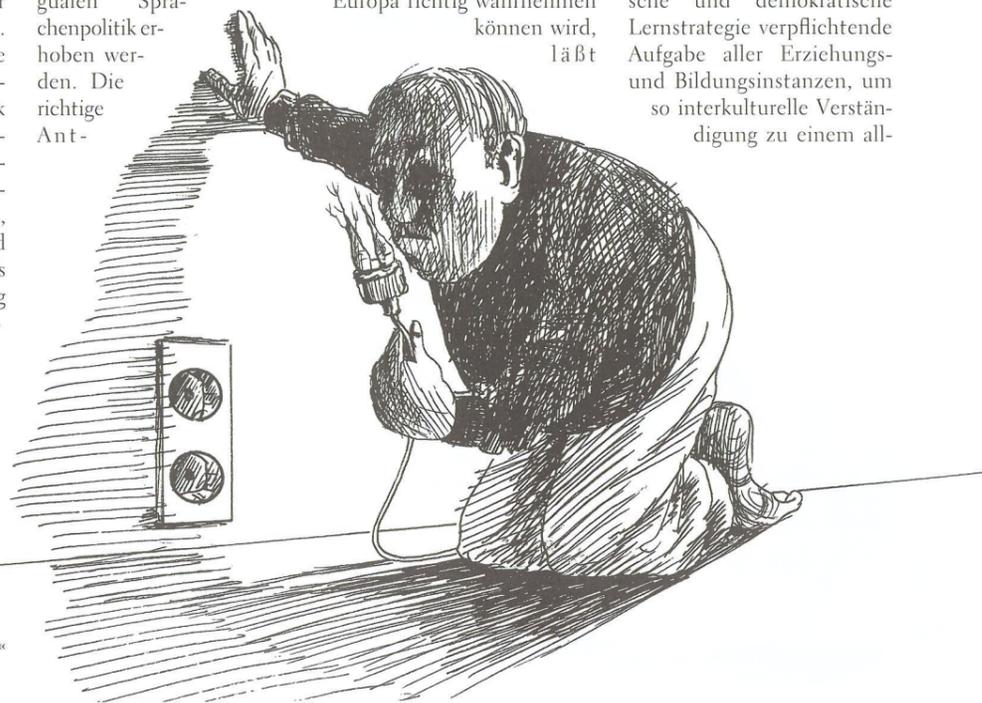
wort auf die aktuellen Umbrüche in Europa und auf den politischen Rechtsruck kann also nur in der konsequenten *Demokratisierung* und *multikulturellen Öffnung* aller Lebens- und Politikbereiche, d.h. aber auch, in der bewußten Rücknahme der Nationalisierung und Ethnisierung liegen. Und hier ist nicht nur die Ethnopolitik der Mehrheit gefordert, sondern auch die der Minderheiten.

Es hat sich gezeigt, daß auch in relativ gut ausgebauten repräsentativen Demokratien des Westens der Nationalismus eine ungeahnte Eskalation in Richtung kultureller Homogenisierung und »ethnischer Säuberung« erfahren kann – was früher oder später unweigerlich zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen mit den jeweils »Anderen« und zu einer weiteren Verrohung von sprachlichen und zwischenmenschlichen Verhältnissen führt. Deshalb wird diese Demokratisierung auch die Sprachen- und Schulpolitik, die Lehrpläne und das Schulklima erfassen müssen.

Ob Österreich die Entscheidungspunkte auf dem Weg in das multikulturelle Europa richtig wahrnehmen können wird, läßt

sich an folgenden Grundsatzenentscheidungen ermes-

- 1) Orientieren sich die Minderheiten- und die Bildungspolitik weiterhin am Schlagwort vom »Europa der Regionen« (als einem »Europa der Volkstümer«) und betrachtet die Politik die Schulen als ethnisch rein zu erhaltende Reservate, die den kulturellen Hierarchien und staatlichen Prioritäten der Außenpolitik zu entsprechen haben, oder propagiert und fördert Bildungspolitik die Durchlässigkeit und Öffnung aller Ausbildungsprogramme und -institutionen für die multikulturellen Realitäten und für einen demokratischen Pluralismus, der nationalistisches und eurozentrisches Denken überwindet?
- 2) Wird das Bildungswesen weiterhin mit relativ planlosen und punktuellen Modernisierungsschüben (z. B. »Fremdsprachenoffensive«) dorthin bewegt, wo man künftige Anschlußmöglichkeiten an den marktwirtschaftlichen und technologischen EuroStandard vermutet, oder wird eine bewußt antirassistische und demokratische Lernstrategie verpflichtende Aufgabe aller Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, um so interkulturelle Verständigung zu einem all-



gemeinen und selbstverständlichen Sozialisationsziel werden zu lassen?

3) Bleibt man bei regional abgestuften und national abgestimmten »Minderheitenrechten«, die von den Volksgruppen selbst einzufordern und zu erkämpfen sind, oder

wagt man einen Neubeginn zur Schaffung von multikulturell offenen Lern-, Lebens- und Arbeitsfeldern, in denen sowohl das Recht aller Menschen auf gleichberechtigte Teilhabe an den kulturellen Errungenschaften wie auch der Anspruch auf Erlernen, Respektieren und Weiterentwickeln von je eigener Kompetenz, Identität und Sprache aufgehoben sind?

Die Aufgaben der Schule

Die Schulen würden von diesen Veränderungen in einem Ausmaß betroffen sein, das wir heute noch kaum abschätzen können. Im Bereich der dringend anstehenden Schul- und Curriculumreform könnte dies bedeuten, daß es eben nicht genügt, nur ein oder zwei Werke türkisch-islamischer, lateinamerikanischer oder afrikanischer AutorInnen in den Kanon der »Weltliteratur« aufzunehmen oder eine Minderheitensprache den Angehörigen der Mehrheit als »Freifach« anzubieten. Es müssen die Stimmen der Minderheiten, der Marginalisierten und gesellschaftlich Machtlosen eindeutige und für alle sichtbare Präferenz bekommen; es müssen die Minderheiten nicht nur mit allen ihren kulturellen Äußerungen

präsent sein, sie müssen – mit gleichen Rechten – physisch und sozial in die Regelschulklassen integriert sein. Sonderschulen und ethnisch segregierte Klassen können nämlich weder Integration leisten noch das Verständnis füreinander vorbereiten.

Für diese Regelschule der Zukunft wird eine Umorientierung in folgende Richtung notwendig sein:

1.) Die Aufnahme und die Legitimation von vielfältigen Wissenstraditionen und Lebensformen, speziell der bisher verschwiegenen und unterdrückten Minderheiten.

2.) LehrerInnen, die die Prämissen abendländisch-westlicher Curricula hinterfragen und die den geheimen nationalistischen, schichtspezifischen und sexistischen Lehrplan durchschauen können.

3.) LehrerInnen, die den Überlegenheitsdünkel der nordisch-weißen Kultur und der paternalistischen Kolonialtradition reflektieren und überwinden können.

4.) LehrerInnen, die die Studierenden anleiten und ermutigen können, im Rahmen einer dialogischen Pädagogik eigene oppositionelle Lesarten gegenüber den herkömmlichen curricularen Inhalten zu entwickeln.

5.) Ein Lernmilieu, in dem die Studierenden die Gelegenheit haben, im interkulturellen Dialog sich und andere als Subjekte von Geschichte zu sehen und zu respektieren, ein Schulklima, in dem offene und vielfältige Formen von nicht ethnisch festgeschriebener Identität entwickelt werden können.

6.) Ein geschütztes Experimentier- und Erfah-

rungsfeld, in dem viele kulturell vermittelte Subjektpositionen möglich sind und in dem Aushandeln und Suchen nach einer radikalen Andersheit gefördert werden – als Voraussetzung dafür, daß die eigenen engen Grenzen nationaler Identität überschritten werden können.

Das politische Klima

Die Komplexität dieser Anforderungen an eine neue Minderheitenpolitik soll nicht davon ablenken, daß eine »andere Bildungspolitik« nur in einem anderen politischen Klima gedeihen kann. Ein politisches Klima, in dem toleriert und begünstigt wird, daß rechtsextreme Vorfeldorganisationen von höchster Stelle Legitimation erfahren (in dem z. B. Politiker bei den einschlägigen Kundgebungen Festansprachen halten oder »Ehrenschutz« geben, wie dies etwa bei dem »Freiheitskommerz« in Innsbruck geschah oder wie dies alljährlich beim Treffen von SS-Kameradschaften am Ulrichsberg in Kärnten der Fall ist), so ein politisches Klima kann doch unmöglich gleichzeitig ein Umfeld bieten, in dem Politiker überzeugend ihren Abscheu gegen rechtsextremen Terror kundtun. Ein politisches Klima, in dem alles als »Ausreischer« entschuldigt wird, was von Politikerkollegen an ideologischem Schwachsinn und rechtsextremem Ideologie geäußert wird, ist geradezu förderlich, daß auch noch die letzten diesbezüglichen Hemmschwellen fallen und daß eben kein klarer Trennstrich zu jenem rechten Rand gezogen wird, an dem Politikern zu »Nazi« nur »neu, attraktiv, zielstrebig und ideenreich« einfällt (F-Mann Gaugg) oder die eine liberale Einwanderungspolitik wegen des »multi-ethnischen Gemischs« für eine Politik der »Umvolkung« halten (F-Mann Mölzer) oder die Hitlers »Beschäftigungspolitik« vorbildlich finden (F-Chef Haider) oder die des Führers »Volkstumspolitik« und seine »Umsiedlungspläne« für notwendige »Grenz-

sicherungsmaßnahmen« halten (F-Mann Scrinzi) oder die in den Vernichtungslagern der Nazis nur »Straflager« sehen (F-Chef Haider).

Die verbal geäußerte »Betroffenheit« der Politiker nach den Gewaltexzessen gegen Minderheiten und »Ausländerfreunde« steht also in einem auffälligen Widerspruch zu der stillschweigenden Duldung von Manifestationen deutschnationaler und rechtsextremem Gesinnung. Wer zum Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus aufruft und wer dies nicht nur als eine verbale Pflichtübung in der Folge der Attentate von Klagenfurt, Oberwart und Stinatz betrachtet, der muß doch wohl auch etwas unternehmen wollen gegen die Treffen der »schlagenden« Burschenschaften, gegen die deutschnationalen »Dicherstein-Treffen«, gegen die offizielle Verlagsförderung von einschlägigen Schriften und Publikationsreihen, gegen die offiziellen Treffen der ehemaligen SS- und Wehrmachtskameraden, gegen die Einladung von Revisionisten und Holocaust-Leugnern zu Vortragsreisen, gegen die Ehrung von antisemitisch und rassistisch schreibenden AutorInnen usw. Viel gäbe es zu tun. Wieviel davon wird aber wirklich getan werden und wieviel wieder unterlassen? Oder soll womöglich, nach all dem was im »Minderheitenjahr« vorgefallen ist, das »Jahr der Toleranz« so zu verstehen sein, daß die Toleranz nach rechts zu erweitern ist? Sollen wir in diesem Jahr akzeptieren und »tolerieren« lernen, daß die Politiker nach ihren Betroffenheitsbezeugungen zur Tagesordnung übergehen und daß sich ihr antifaschistisches Engagement in Appellen zum Zusammenrücken, Händereichen und Gräbenzuschütten erschöpft? ■

Peter Gstettner
ist Professor am Institut für Weiterbildung der Universität Klagenfurt.

Nur zu oft vergessen wir, daß Lernen weder mit der Einschulung beginnt noch mit der Beendigung der Schulzeit endet. Die Schule war und ist nicht das Nonplusultra. Die größte Schule ist – auch auf die Gefahr hin, daß es kitschig klingt – das Leben; man/frau muß sich nicht an- oder abmelden, kein Schulgeld zahlen. Höchstens Lehrgeld, für die begangenen Fehler und Dummheiten. Zu oft wird die Bildungslandschaft außerhalb der Schule übergangen oder gar nicht wahrgenommen. In dieser Übersicht wollen wir einen kurzen Blick auf die außerschulischen Bemühungen im Bereich Minderheiten in Wien werfen; ohne Anspruch auf Vollständigkeit und als modellhaftes Beispiel.

Die Volkshochschulen sind mit Abstand die größten Anbieter. Fast alle Volkshochschulen – die einen mehr, die anderen weniger – bieten in ihren Programmen spezielle Kurse/Seminare/Workshops für Minderheiten – hauptsächlich für MigrantInnen – an. Exemplarisch sei hier eine der innovativsten Volkshochschulen, die Volkshochschule Ottakring im 16. Wiener Gemeindebezirk behandelt, die sich selbst als Projektvolkshochschule definiert.

Neben »normalen« Deutschkursen führt die VHS Ottakring im Rahmen des zweiten Bildungsweges das Projekt »Alphabetisierungslehrgänge Ottakring« (A.L.O.). Diese richten sich hauptsächlich an sekundäre AnalphabetInnen, also an Menschen, die bereits in ihrer Muttersprache (z.B. Arabisch, Persisch oder Chinesisch) alphabetisiert sind, aber die lateinische Schrift nicht beherrschen. Die Alphabetisierung erfolgt direkt in deutscher Sprache. Anfangs waren die Lehrgänge nur für Frauen gedacht, aber aufgrund der großen Nachfrage von seiten der Männer werden die Gruppen nun gemischt geführt.

Ebenfalls im Rahmen des zweiten Bildungsweges gibt es die »Externisten-Hauptschule Ottakring« (ExHO) für Jugendliche, die das Pflichtschulalter bereits überschritten haben und sonst nirgends unterkommen. Derzeit besuchen fast 70 Jugendliche aus 20 verschiedenen Nationen die ExHO. In den Deutsch-Vorbereitungsklassen lernen die Jugendlichen zunächst nur Deutsch (in einem Ausmaß von 20 Wochenstunden), anschließend besuchen sie ein Jahr lang die Hauptschulklassen. Die Deutsch-Vorbereitungsklassen werden von Jugendlichen besucht, die kaum oder nur sehr wenig Deutsch können. In den Hauptschulklassen lernen sehr viele Jugendliche der 2. Generation neben österreichischen Jugendlichen, die aus den diverssten Gründen in der Pflichtschule keinen Hauptschulabschluss erwerben konnten. Berufsorientierung und soziale Betreuung sind ein fixer Bestandteil des Projekts. Die Jugendlichen werden auf den Lehrstellenmarkt vorbereitet oder besuchen anschließend eine weiterführende Schule. Fast 90% der AbsolventInnen landen – wie es immer so schön heißt – nicht »auf der Straße«; sie werden erfolgreich ins Berufs- oder Schulleben integriert.

Der »Bildungsclub für Erwachsene aus der Türkei« bietet unkonventionelle, muttersprachliche Bildungsveranstaltungen zu alltäglichen Themen: Arbeitsrecht, Gesundheit, Erziehung, Wohnrecht, Schule usw. Die Projektleitung beschränkt sich nicht nur darauf, die Menschen in die Volkshochschule einzuladen, sondern organisiert auch Veranstaltungen in Kaffeehäusern, Moscheen oder Vereinen. Die ungeheuer hohen TeilnehmerInnenzahlen dokumentieren den Bedarf an solchen Veranstaltungen.

Neben diesen Bildungsprogrammen führt die VHS Ottakring auch immer wieder

Lernen – nicht nur in der Schule

Veranstaltungen durch, die sich hauptsächlich an die Mehrheitsbevölkerung wenden: »Aktionswoche Türkei – Kurdistan – Österreich«, die jeweils sieben Wochen dauernden Veranstaltungsreihen »Literatur der Völker«, »Literatur der Minderheiten Österreichs«, »Wir haben große Ursache, mißtrauisch zu sein –

und Berufsaussichten informiert.

Das »Romano Centro« bietet seit kurzem für Roma-Kinder eine Lern- und Aufgabenhilfe an. Dabei gehen die BetreuerInnen direkt zu den Kindern nach Hause; so kann in einem für die Kinder gewohnten Umfeld gearbeitet werden,



Homosexualität-Homophobie-Politik« sind nur einige Titel dieses Arbeitsschwerpunkts.

Der »Verein Türkischer Frauen« im 2. Wiener Gemeindebezirk führt seit 1988 soziale und kulturelle Aktivitäten wie Alphabetisierungs-, Deutsch- und Nähkurse für türkische Frauen durch.

Die genannten Institutionen und Vereine sollen nur einen Einblick in die bunte Vielzahl von Angeboten in Wien geben. Alle Initiativen im Detail aufzuführen würde den Rahmen sprengen. Weitere Informationen über die vorgestellten und/oder nicht erwähnten Aktivitäten können bei der Initiative Minderheiten eingeholt werden. hk

Schwellenängste können erst gar nicht entstehen.

Der »Verein Türkischer Frauen« im 2. Wiener Gemeindebezirk führt seit 1988 soziale und kulturelle Aktivitäten wie Alphabetisierungs-, Deutsch- und Nähkurse für türkische Frauen durch.

Die genannten Institutionen und Vereine sollen nur einen Einblick in die bunte Vielzahl von Angeboten in Wien geben. Alle Initiativen im Detail aufzuführen würde den Rahmen sprengen. Weitere Informationen über die vorgestellten und/oder nicht erwähnten Aktivitäten können bei der Initiative Minderheiten eingeholt werden. hk

Sonderschule: Auffanglager oder Eldorado?

Elfriede Kovacic unterrichtet seit 25 Jahren an Sonderschulen, zur Zeit im 3. Wiener Gemeindebezirk und seit einiger Zeit auch als Stützlehrerin an einer Volksschule. Ohne auf die vielen theoretischen Diskussionen über die Allgemeine Sonderschule (ASO) einzugehen, unterhielten wir uns mit ihr über den ASO-Alltag, ihre Arbeit und den Vorwurf vieler Minderheitenangehöriger, daß Kinder nichtdeutscher Muttersprache in die Sonderschule »abgeschoben« würden.

Stimme: Mit welchen Kindern arbeiten Sie in Ihrer Klasse?

Elfriede Kovacic: Das sind Kinder im Volksschulalter, die in großen Gruppen nicht »mitkommen«, für die man sich mehr Zeit nehmen muß. In der Kleingruppe – an meiner Schule sitzen 10 bis 12 Kinder in einer Klasse – kann auf jedes Kind individuell eingegangen werden; ohne den Streß der Großgruppe

Das kommt natürlich sehr auf den Bezirk an. Im 13. Bezirk sieht die Klassenzusammensetzung natürlich ganz anders aus als z.B. im 3., 15. oder 16. Bezirk, wo ein Großteil der sogenannten Ausländer lebt. Die Eltern dieser Kinder haben oft wenig Erfahrung mit der Schule. Auch können sie ihre Kinder zu Hause kaum unterstützen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß viele Kulturen Erziehung nicht immer

mechanismus funktioniert da sehr gut.

In welcher Sprache verständigen sich diese Kinder?

Sehr unterschiedlich. Im Familienkreis sprechen sie hauptsächlich Romanes; wenn es z.B. um Autos geht, Serbisch. In der Schule, untereinander, verwenden sie dann oft eine Mischsprache: ein bißchen Romanes, ein bißchen Serbisch und ein bißchen Deutsch. Aber kaum einer beherrscht eine Sprache wirklich kompetent. Deutsch-umgangssprachlich können sich die Kinder aber erstaunlich gut ausdrücken.

Warum besuchen diese Kinder keine Regelschule, warum kommen sie zu Ihnen in die ASO?

Im Laufe der Jahre sammeln sich Defizite an. Allein schaffen es die Kinder nicht mehr. Da brauchen sie Hilfe. Die Eltern können sie kaum unterstützen, die Lehrer in der Schule haben oft zu große Klassen und können sich um einzelne Kinder nicht so kümmern, wie sie es vielleicht gern täten oder sollten. Oft hilft es nichts, wenn die Kinder einmal in der Woche ein oder zwei Stunden Förderunterricht bekommen. Die unterstützen-

den Maßnahmen müssen intensiv und kontinuierlich angeboten werden. Was mir immer wieder auffällt, ist, daß es sehr viele Kinder gibt, die aufgrund der Wohnsituation oft die Schule gewechselt haben und dadurch dann irgendwann den Anschluß an den Klassenverband verloren haben.

Können Sie die gängige Meinung bestätigen, Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, würden aus Bequemlichkeit, weil sich niemand die Mühe macht, einfach in die ASO »abgeschoben«?

Nein, das ist nur ein Vorurteil. In der Schule gibt es Fördermaßnahmen (z.B. Förderstunden oder Zusatz-Sprachkurse), die vor der Überstellung in die ASO ausgeschöpft werden. Seiteneinsteiger werden im ersten Jahr oft als außerordentliche Schüler eingestuft und nicht benotet. Es gibt auch die Möglichkeit, daß nicht nach der üblichen Norm gemessen wird, sondern nur der tatsächliche Lernzuwachs. Tatsache ist aber auch, daß all diese Möglichkeiten nicht immer und überall ausgeschöpft werden. Aber jetzt zu sagen, das wäre die gängige Praxis, ist doch zu überspitzt. Wir dürfen nicht vergessen, daß es gar nicht so einfach ist, ein Kind in die ASO zu überstellen. Auch wenn der Lehrer, sagen wir mal, bequem ist und sich keine Mühe gibt – auch das soll es ja geben –, müssen auch noch andere Instanzen die Sinnhaftigkeit einer Überstellung an die ASO bestätigen: Schularzt, Schulpsychologe, Schulinspektor, Förderlehrer ... usw. Und, was sehr wichtig ist: die Eltern müssen auch ihr Einverständnis geben.

Ist es aber nicht oft so, daß sich viele Eltern, selbst kaum der deutschen Sprache mächtig, nicht auskennen und einfach ihre Unterschrift unter irgendein Papier setzen?

Grundsätzlich sollte man nie etwas unterschreiben, wenn man nicht weiß, was es ist. Den Eltern wird oft ein beratendes Gespräch angeboten, immer öfter – wenn möglich – wird auch ein Dolmetscher hinzugezogen. Es gibt auch muttersprachliche Beratungsstellen, an die sich die Eltern wenden können. Allerdings wären z.B. mehr muttersprachliche Info-Broschüren wirklich nicht schlecht.

Kritiker sagen immer wieder, daß die an sich sinnvolle ASO zu einer Sammelstelle für sogenannte »Problemkinder« geworden ist, die gar nicht hierher gehören und mangels Flexibilität unseres Schulsystems ...

Ich glaube, die österreichischen Lehrpläne gehen von einer überholten, veralteten Norm aus. Der reale Sozialkontext der Kinder deckt sich kaum noch mit den Situationen in den Lehrbüchern. Das trifft jetzt nicht nur auf ausländische oder Roma-Kinder zu, sondern auch auf sogenannte »inländische«. Da sollen die Kinder beispielsweise schreiben: »Mein Zimmer!« Viele Kinder haben nicht einmal ein eigenes Bett, sie müssen es sich mit dem Bruder oder der Schwester teilen. Das Kind im Schulbuch hat nicht nur ein eigenes Zimmer, sondern auch noch eine Mutti, die ihren Kindern zum Frühstück Kakao und ein Ei kocht. In der Realität ist die Mutti schon lange in der Arbeit, wenn sich das Kind sein Frühstücksbrot schmiert. Wir müssen auch aufpassen und dürfen nicht versuchen, unsere Kulturform anderen aufzudrängen. In manchen Kulturen wird z.B. das gemeinsame Schlafen der Geschwister in einem Bett als soziale Kompetenz angesehen, die erst gelernt werden muß. Solche Kinder bringen oft eine soziale Verantwortlichkeit mit, da kann man nur staunen ...

Die Lehrpläne halten mit der Realität nicht mit. Wie sieht es mit den Lehrerinnen und Lehrern aus? Ist ihre Ausbildung ausreichend?

Man lernt natürlich nie aus. Schauen Sie, als ich vor 25 Jahren anfang, zu unterrichten, gab es an den Schulen noch keine ausländischen Kinder. Ein engagierter Lehrer versucht, mit den gesellschaftlichen Veränderungen Schritt zu halten. Bei der Ausbildung könnte vielleicht mehr Augenmerk auf die Problematik gelegt werden; interkulturelle Ausbildungsveranstaltungen gibt es noch viel zu wenige. Hin und wieder wird auch einiges an Weiterbildung angeboten. Aber für einen wirklich engagierten Lehrer bleibt eigentlich kaum Zeit, neben der ganzen Arbeit auch noch Bildungsveranstaltungen zu besuchen.

Was würden Sie sich für die Zukunft wünschen?

Die Schule braucht Vermittler, die sie den Eltern näher bringt. Wenn die Zusammenarbeit mit dem Elternhaus gut funktioniert, würden viele Probleme erst gar nicht auftauchen. Die Eltern kommen meist nur in Konfliktsituationen in die Schule. Kinder – insbesondere die ASO-Kinder – haben leider keine Lobby, die sich für ihre Interessen einsetzt. Es müßten viel mehr Beratungs- und Betreuungsstellen eingerichtet werden. Nicht nur für die Kinder, auch für die Eltern ...

Ist die Interkulturelle Nachmittagsbetreuung (IKL) nicht ein ideales Modell?

Das IKL hat wirklich Erstaunliches geleistet. Nicht nur für die Kinder. Es wird auch sehr viel Elternarbeit betrieben, die Betreuer sind bei den Elternabenden dabei, Dolmetschen oder beraten. Das IKL nimmt genau diese Vermittlerrolle wahr, von der ich gerade

sprach. Aber leider soll es sie ja bald nicht mehr geben. Da sieht man mal wieder, wie in diesem Land mit wirklich sinnvollen Initiativen und Einrichtungen umgegangen wird ... Ich würde

lig demotiviert wären. Auch gehören Sozialarbeiter an die Schulen, damit die Lehrer von sozialarbeiterischen Tätigkeiten entlastet werden. Sozialpädagogische Unterstützung, die sich



mir auch sehr wünschen, daß endlich das Vorurteil »böse ASO« abgebaut wird. Sicher kam und kommt es vor, daß Kinder, die eigentlich nicht in die ASO gehören, hier landen. Aber in der Regel sind es Kinder, die diese Hilfestellung brauchen, ohne die sie völ-

auch um die Freizeit der Kinder kümmert. Das IKL versucht auch diesen Bereich abzudecken. Hoffentlich gelingt es, diese Initiative nicht eingehen zu lassen!

Gespräch:
Hikmet Kayahan

Internationales Schulnetzwerk: Friedenserziehung und Konfliktlösung

Im Schuljahr 1994/95 startete das BMUK ein internationales Schulprojekt zum Thema »Friedenserziehung und Konfliktlösung«. Das Interkulturelle Zentrum Wien wurde mit der inhaltlichen Konzeption und der organisatorischen Durchführung beauftragt. Schulen und LehrerInnen aus Argentinien, Mazedonien, Nigeria, Indien, Schweden, der Slowakei, Spanien, Ungarn, den USA und Österreich arbeiten an dem Projekt, das sich als »peace education community« versteht. In einzelnen Ländern erprobte Ansätze, Erfahrungen und Strategien werden entwickelt, ausgetauscht, reflektiert und gemeinsam ausgewertet. Die Schulen sind über das Interkulturelle Zentrum miteinander verbunden (Brief, Fax, Internet, Newsletter etc.) und werden von einem englisch-österreichischen Trainerteam betreut.

Zu den Zielen des Projektes gehört es, daß die SchülerInnen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren gemeinsam mit ihren LehrerInnen Problembereiche im schulischen Umfeld bzw. in ihrer lokalen und sozialen Umgebung untersuchen, Analysemodelle entwickeln und versuchen, erarbeitete Lösungsansätze in die Praxis umzusetzen. Sie sollen aber auch die internationale Zusammenarbeit erproben und globale Denk- und Handlungsstrategien entwickeln - vor allem durch internationale Seminare. Zu diesem Zweck wird, begleitend zum Unterrichtsprojekt, ein internationaler Lehrgang »Friedenserziehung« angeboten. Der erste Teil dieses Seminars wurde bereits abgehalten, der zweite ist für September 1995 geplant.

hk

Kontakt:
Interkulturelles Zentrum Wien; Ursula Schwendenwein / Rüdiger Teutsch
1050 Wien, Kettenbrückengasse 23; Tel.: 0222/ 596 75 44-0



arbeiten die Kinder gut mit und zeigen dann oft erstaunliche Lernerfolge.

Handelt es sich bei diesen Kindern vorwiegend um solche mit nichtdeutscher Muttersprache?

mit Schule gleichsetzen. In meiner Klasse sind kaum türkische, aber sehr viele Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die meisten sind Roma, die sich allerdings nicht als solche definieren – der Verdrängungs-

Groll zitiert Bertha von Suttner

oder Das behinderte Schiff

von Erwin Riess

Wien-Donauinsel. Vor dem Schulschiff »Bertha von Suttner«. Groll hat das Schiff und dessen Verankerung studiert. Er hantiert mit einem Farbspray. Magister Tritt eilt auf Groll zu.

TRITT Guten Tag, Groll! Wollen Sie die »Bertha von Suttner« flottmachen?

GROLL Das würde zur größten Schiffschiffkatastrophe führen, die Österreich je erlebt hat. Die »Bertha von Suttner« ist nicht stromtauglich.

TRITT Aber sie schwimmt doch!

GROLL Sie schwimmt, ist aber manövrierunfähig.

TRITT Wie ist sie denn hierher gelangt?

GROLL Sie wurde eingeschleppt. Mehrere Bug-sierschiffe haben sie an ihren Bestimmungsort gebracht.

TRITT Also ist die »Bertha von Suttner« gar kein richtiges Schiff?

GROLL Doch. Ein behindertes. Sie kann sich nicht aus eigener Kraft fortbewegen.

TRITT Sie verzeihen, wenn ich nicht lache. Ich komme eben von einem Seminar über die schulische Integration geistig behinderter Kinder.

GROLL Wo fand das Seminar statt?

TRITT Im Turnsaal der »Bertha von Suttner«.

GROLL War das Ergebnis so niederschmetternd?

TRITT Es gab keines. Zwei Lager standen sich unversöhnlich gegenüber. Die »Integrationisten« versus die »Elitisten«.

GROLL Zu welchem Lager zählen Sie?

TRITT Was für eine Frage! Zu den »Integrationisten« natürlich!

GROLL Aber sicher zu den gemäßigten.

TRITT Selbstverständlich! Sie können doch das Kind nicht

mit dem Bade ausschütten!

GROLL Das behinderte Kind schon.

TRITT Unsinn. Sie wissen selbst, daß die Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen bedeutende Fortschritte gemacht hat.

GROLL Ja, die Sonderschulen wurden in sonderpädagogische Zentren umgetauft.

TRITT Die Eltern behinderter Kinder haben jetzt einen Rechtsanspruch auf schulische Integration.

GROLL Aber das behinderte Kind hat keinen. Die Fälle, bei denen Schuldirektoren die Aufnahme geistig behinderter Kinder mit fadenscheinigen Ausreden hintertrieben, sind Legion. Nicht zu reden von den Fällen, da die Eltern, von den Behörden unter Druck gesetzt, nicht auf der Integration bestanden.

TRITT Nein, verehrter Magister: Das geistig behinderte Kind hat kein Recht auf Integration!

GROLL Aber das behinderte Kind hat keinen. Die Fälle, bei denen Schuldirektoren die Aufnahme geistig behinderter Kinder mit fadenscheinigen Ausreden hintertrieben, sind Legion. Nicht zu reden von den Fällen, da die Eltern, von den Behörden unter Druck gesetzt, nicht auf der Integration bestanden.

TRITT Tatsache ist aber, daß hunderte behinderte Kinder in sogenannten Integrationsklassen unterrichtet werden.

GROLL Und tausende weiterhin die Sonderschulen besuchen. Pardon: die sonderpädagogischen Zentren.

TRITT Jedenfalls stimmt die eingeschlagene Richtung. Immer mehr mongoloide Kinder werden in Volksschulen unterrichtet.

GROLL Sie meinen Kinder mit Down-Syndrom!

TRITT Richtig. Und alle Erfahrungen belegen, daß der integrative Unterricht für beide Seiten – die behinderten und die nichtbehinderten Kinder – von Vorteil ist. Die Behin-

dernten werden nicht ausgegrenzt und entwickeln ihre Talente wesentlich stärker als in Behindertenghettos. Noch erstaunlicher ist aber, daß nicht nur die soziale Kompetenz aller Kinder steigt, sondern auch der Lernerfolg erwiesenermaßen größer ist.

GROLL Was ist daran erstaunlich?

TRITT Professor Rett, der berühmte Kinderneurologe, geht vom Gegenteil aus. Er behauptet, daß behinderte Kinder im gemeinsamen Unterricht überfordert würden.

GROLL Das tut nichts zur Sache. Rett behauptet ja auch, daß geistig Behinderte keine Sexualität hätten.

TRITT Das allerdings ist eine heikle Frage. Eine sehr heikle Frage.

GROLL An die Sie sicher nicht rühren werden.

TRITT Was wollen Sie damit sagen? Ich finde dieses Thema für seichte Scherze denkbar ungeeignet.

GROLL Die Behindertenpädagogen in Bruck an der Mur und in Linz dachten sicher ähnlich, als sie sich an geistig behinderten Mädchen

vergingen. Handeln statt reden war ihre Devise.

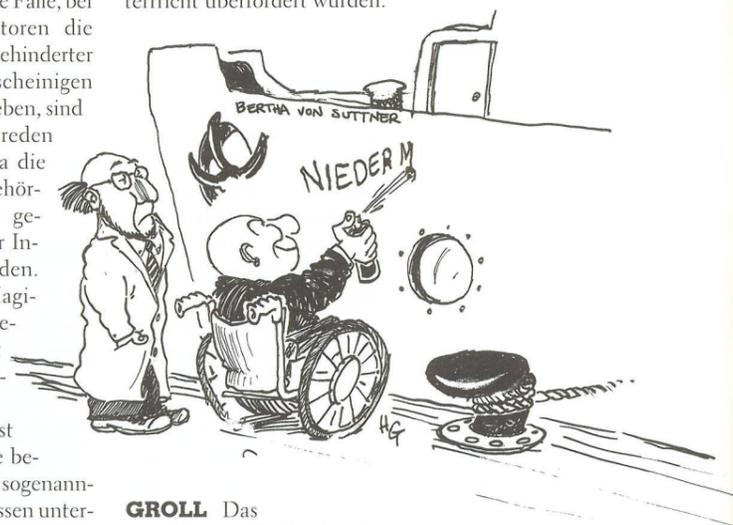
TRITT Sie werden geschmacklos.

GROLL Finden Sie? Den Tätern kommt aber ein großes Verdienst zu. Sie haben Rett widerlegt, und das jahrelang. Bei der Einvernahme erklärte der Mann aus Bruck, er habe den Reizen des behinderten Mädchens nicht widerstehen können.

TRITT Sie befürworten Unzucht an Unmündigen?

GROLL In Schweden können geistig behinderte Menschen heiraten, sie können zusammenleben, sie können Kinder in die Welt setzen und – mit Unterstützung – großziehen. In Österreich werden geistig behinderte Frauen ohne ihre Zustimmung sterilisiert.

TRITT Bedauerliche Einzelfälle.



GROLL Im Gegenteil. Es handelt sich um routinemäßige und fortgesetzte Körperverletzung.

TRITT Ähnlich argumentieren die Vertreter der »Elitisten« in der Schulfrage. Sie finden sich gerade noch damit ab, daß in der Volksschule geistig Behinderte mitunterrichtet werden; die Gymnasien aber müssen für geistig Behinderte tabu sein. Die Anwesenheit eines Behinderten in der Klasse betrachten sie als Verletzung der Karrierechancen ihrer Sprößlinge.

GROLL Deswegen sperren sie ja auch Körperbehinderte aus.

TRITT Das ist mir neu.

GROLL Nur dreizehn Prozent der österreichischen Schulen können als baulich barrierefrei bezeichnet werden.

TRITT Weil es sich meist um alte Gebäude handelt.

GROLL Irrtum! Auch neue Schulbauten türmen Barrieren auf. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, wie ein gehbehindertes Kind auf die »Bertha von Suttner« gelangen soll? Ich zähle zwei Treppen mit insgesamt sechsunddreißig Stufen.

TRITT sieht sich um Tatsächlich. Darauf haben die Verantwortlichen vergessen!

GROLL Glauben Sie wirklich, daß sie darauf vergessen haben?

TRITT Sie meinen, daß hier Absicht vorliegt?

GROLL Ich bin davon überzeugt.

TRITT Sie gehen ja bekanntlich immer vom schlechtesten Fall aus.

GROLL Ja, ich bin ein Pragmatiker.

TRITT spöttisch Wenn Sie entscheiden könnten, geschätzter Groll, wie würden Sie denn die Schulfrage bei behinderten Kindern lösen?

GROLL Das kann ich Ihnen gern sagen. Neben der Schleifung aller Privatschulen, der Entfernung aller religiösen Symbole, der Abschaffung der Elternvereine, einem Verbot jeglicher, auch der geringsten Gewalt von Lehrern und der Wahl demokratischer Schülergewerkschaften würde ich dem Beispiel Italiens folgen,

das schon in den siebziger Jahren alle Sonderschulen ersatzlos abgeschafft hat.

TRITT Ist das wahr?

GROLL Freilich. Mittlerweile zweifeln nicht einmal mehr die Faschisten diesen Schritt an. Erstens gibt es auch unter ihnen Eltern mit behinderten Kindern und zweitens behandelt der durchschnittliche italienische Faschist seine Kinder besser als viele sozialdemokratische Kinderfreunde, die ihre Kinder in einen Verein einschreiben, um sie nicht leben zu müssen.

TRITT Die Kinderfreunde haben sich große Verdienste um die schulische Integration erworben.

GROLL Es sind immer die Gemäßigten, die den größten Schaden anrichten. Integration in der Volksschule, aber

halbherzig: Die Sonderschulen bleiben bestehen. Doch ein Kind mit Down-Syndrom darf seine Schulfreunde nicht ins Gymnasium begleiten, und ein Kind im Rollstuhl kann nicht auf die »Bertha von Suttner«.

Und kein Lehrer stößt sich daran, kein Direktor protestiert, kein Landes-

schulinspektor zieht die Verantwortlichen zur Rechenschaft.

Beginnt mit der Spraydose eine Losung auf die Böschungsmauer zu sprühen.

TRITT Ihre Forderungen sind reine Utopie!

GROLL Nur in Österreich.

TRITT Was schreiben Sie da?

GROLL Ich zitiere »Bertha von Suttner«: Die Schulen nieder!

TRITT Die Waffen nieder!

GROLL Das ist in Österreich dasselbe. ■

Das »IKL« läuft aus – was nun?

von Gerhard Hochreiter

Das von der Stadt Wien und der Arbeitsmarkt-betreuung gemeinsam initiierte Projekt »Interkulturelles Lernen (IKL)« wird seit 1988 von den Wiener Volkshochschulen durchgeführt und sorgt für adäquate Nachmittagsbetreuung in- und ausländischer Schüler. Team-Teaching, Mehrsprachigkeit und individuelle Betreuung haben zu besseren schulischen Leistungen und zu einer Stärkung des Selbstbewußtseins vieler Kinder geführt. Für das Projekt, das anfangs nur als Übergangslösung konzipiert wurde, war ursprünglich nur eine Laufzeit von drei Jahren (1988 bis 1991) vorgesehen; 1991 ist die AMV ausgestiegen, und die Stadt Wien hat das IKL bis Schulende 1995 verlängert – also läuft sie bald aus.

Trotz Einstellung des Projektes werden für die betroffenen Betreuer und Kinder keine Nachteile entstehen, versichert die Wiener SP-Vizebürgermeisterin und Sozialstadträtin Grete Laska. Da die Stadt Wien ab dem kommenden Schuljahr insgesamt das Angebot an ganztägigen Betreuungsformen ausbaue, habe sich das Projekt faktisch überlebt. Laska sicherte aber zu, daß nach dem Auslaufen des IKL ab Herbst 1995 weder Kinder noch Betreuer auf der Straße stehen werden.

Ab dem kommenden Schuljahr soll der »Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung« für alle in Wien in der Nachmittagsbetreuung eingesetzten Betreuer zuständig sein. Auf folgenden Schienen soll das Angebot der Stadt Wien laufen: Einerseits werden verstärkt ganztägige Schulformen angeboten, andererseits aber auch die Standortzahl der »offenen Schulen«, wo nur vormittags der Lehrstoff durchgenommen wird, erhöht. Die Eltern können sich flexibel entscheiden, wann und ob sie die Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen wollen.

Personal gebraucht werde, könnte dann auf die derzeit bestehenden 358 Mitarbeiter des IKL zurückgegriffen werden. Bereits jetzt werden Vorgespräche mit den zuständigen Stellen geführt, um sicherzustellen, daß der Wechsel von einem Beschäftigungsverhältnis in das andere so durchgeführt werde, daß keiner der ausländischen Arbeitnehmer seine Arbeits- oder Beschäftigungsbewilligung verliere, erklärte Vizebürgermeisterin Laska. Dies wird aber nicht in Form einer allgemeinen Übernahme der Angestellten stattfinden – die Mitarbeiter des IKL werden sich bewerben und neu bewähren müssen. Die Ausrichtung der Nachmittagsbetreuungsangebote an spezifischen Standorten ist noch nicht festgelegt und wird zur Zeit diskutiert. Die Modifizierung der Betreuung sollte auf jeden Fall den Standort der Schulen berücksichtigen und in ausländerreichen Bezirken (z.B. 2., 5., 15., 16.) muttersprachliche Betreuer einsetzen.

Das Projekt »Interkulturelles Lernen« trug bisher dazu bei, soziale Konflikte, die durch unzureichenden Zugang zur Bildung entstehen, zu minimieren. Mit der gemeinsamen Betreuung von Kindern verschiedener sozialer und kultureller Herkunft durch Betreuer verschiedener Muttersprachen (Deutsch, Türkisch, Serbokroatisch ...) leistete das IKL einen unerlässlichen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen, Intoleranz und Rassismus. Auf jeden Fall sollte die Nachmittagsbetreuung an den Wiener Schulen diesen Ansatz beibehalten und ausbauen. Denn dem Bildungsbereich kommt zentrale Bedeutung in der Lösung interkultureller Probleme zu – und gerade hierbei sollte die Nachmittagsbetreuung auch probate Mittel und Lösungswege anbieten. ■

Gerhard Hochreiter ist freier Publizist.

Wenn Schwule Schule machen

Homosexualität und Bildung

Was, um alles in der Welt, hat denn Homosexualität mit Bildung zu tun?, werden Sie vielleicht fragen. Wenig genug, so scheint es mitunter. Was auch daran liegen könnte, daß Homosexualität in den uns vermittelten Bildungsinhalten keinen Platz hat. Und daran, daß Lesben und Schwule gut daran tun, sich in unseren Bildungsinstitutionen tunlichst nicht als solche zu erkennen zu geben.

Früher war das alles anders. Mein Gott, was verdanken wir denn nicht alles den Alten Griechen?! Die humanistische Bildung ebenso wie die Knabenliebe. Ja, wirklich. Die gehörten sogar ganz fest zusammen. Überhaupt gibt es Leute, die da meinen, unser (humanistisches) Bildungssystem sei außerordentlich minderheitenfreundlich. Es war und ist ja immer nur einer Minderheit von sozial und/oder pekuniär Privilegierten zugänglich.

Nein, also weg vom Sarkasmus und zurück in die Antike. Jeder ordentliche Lehrer hielt sich seine(n) Lieblingsschüler, um ihn/sie in die Geheimnisse des Geistes, des Lebens ganz allgemein und ich weiß nicht wosonstnoehin einzuführen. Heute hingegen? Oder können Sie sich einen Lehrer vorstellen, der ausgewählte Schüler bei sich daheim aufnimmt und ihnen die Grundbegriffe der Philosophie, der Mathematik, der Literatur und der Sexualität beibringt? Na also!

Ich beklage mich auch gar nicht darüber – im Gegenteil. Zwischen einem Lehrer und einem abhängigen Knaben konnte wohl auch im antiken Griechenland kein ausgewogenes Verhältnis bestehen. Daß aber deswegen das Thema aus dem gesamten Bil-

dungsbereich praktisch ausgeklammert bleiben muß?

Wie schaut es denn aus an unseren Schulen? Ich gebe ja zu, es ist auch schon bald ein Vierteljahrhundert her, daß ich das letzte Mal die Schulbank gedrückt habe. Dennoch: Lesben und Schwule sind mir nie untergekommen. Im Lehrstoff, meine ich. Plato war ein großer Philosoph, Shakespeare ein großer Dichter, Prinz Eugen ein großer Feldherr und Tschaikowsky ein großer Musiker. Über Rudolf Nurejew wurden blöde Witze gemacht, aber der kam ja im Lehrstoff nicht vor. Hat sich was geändert?

Nun, es ist grade sechs, sieben Jahre her, da schickte die Jugendgruppe der HOSI Wien an alle SchulsprecherInnen ein Brieflein. Daß es diese Gruppe gibt, stand drin, daß man/frau sich an sie wenden könne, sollte irgendwer Hilfe und Unterstützung brauchen. Zeitschriften waren beigelegt, in dem u.a. die »provokante« Frage zu lesen war: *Wußtest Du eigentlich, daß Prinz Eugen schwul war?* Das alles reichte, um eine Anzeige des Wiener Stadtschulrates gegen die HOSI-Jugendgruppe zu bewirken. Wegen Verstoßes gegen § 220 StGB (Werbung für gleichgeschlechtliche Un-

von Dieter Schmutzer

zucht). Und die Einziehung der inkriminierten Schriften erfolgte – so das Gerichtsurteil mehr als zwei Jahre später – zu Recht.

Nur ein Beispiel, etliche andere fielen mir ein. Etwa im Zuge der AIDS-Aufklärung an Schulen. Fürwahr, eine delicate Gratwanderung, Dinge offen an- und auszusprechen und dabei auf die verletzlichen Gefühle von DirektorInnen und LehrerInnen Rücksicht nehmen zu müssen. Noch eine Geschichte gefällig? In der ursprünglichen Fassung des »Medienkoffers Sexualerziehung« kam Homosexualität zwei oder drei Mal vor. Immer im Zusammenhang mit AIDS. Und da gab es eine Geschichte von einem 17-jährigen mit dem in unseren Breiten wahrlich weit verbreiteten Namen Florindus (oder war's Floridus?), der mit einem anderen Knaben sich – wie's bei uns so üblich ist – im Heuschouer vergnügt. Und da soll noch einer sagen, die wichtigste Säule unseres Bildungsbetriebes, die Schule, weicht heiklen Themen aus oder informiert nicht objektiv und umfassend!

Die zweite wichtige Säule: die Universitäten. Ich gebe ja zu, ich studiere die Vorlesungsverzeichnisse nicht ausführlich, aber sind Ihnen Veranstaltungen zum Thema Lesben/Schwule Erinnerung? »Die Frauen um Goethe« war ein Seminarthema zu meiner Zeit. »Die Männer um Shakespeare« kamen nicht vor. Ich erinnere mich: im Rahmen eines Proseminars (bei den Theaterwissenschaftlern) referierte ich über Joe Ortons »Entertaining Mr. Sloane«. Natürlich spielte die Homosexualität des Autors eine nicht unwesentliche Rolle. Was soll ich Ihnen sagen? Grad, daß ich nicht mit nasen Fetzen aus dem Seminarraum gejagt wurde! Um

der Wahrheit die Ehre zu geben – nicht der Lektor war's, sondern ein paar Kollegen (so leid es mir tut: der Linken, die da meinten, das Privatleben hätte nun aber rein gar nichts mit dem Werk zu tun und überhaupt sollte ich mich was schämen, solch politisch irrelevanten Themen zu behandeln.

Nun ja, das ist halt auch schon wieder ein paar Jahre her. Ob sich's allerdings groß verändert hat? Zumindest von MedizinerInnen, PsychologInnen, SoziologInnen – und den entsprechenden -innen – höre ich immer wieder, daß es kaum je ein Thema ist, wie halt die Sexualität insgesamt. Es ist ja auch bemerkenswert, daß im Lande Freuds und Adlers und Reichs kein Lehrstuhl für Sexualologie existiert, und daß SexualwissenschaftlerInnen immer noch als exotisches Völkchen angesehen werden. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es immer noch die »Betroffenen« sind, die dafür zu sorgen haben, daß das Thema Homosexualität an der Uni nicht totgeschwiegen wird. Also sind es die Lesben und Schwulen, die – zumeist mit Unterstützung der Hochschülerschaft – Vortragsreihen, Symposien und Podiumsdiskussionen zum Thema organisieren, die weiterhin anerkannte Fachfrauen und -männer auf eigene Kosten einfliegen lassen, um interessierten StudentInnen die Möglichkeit zu bieten, sich auf Uni-Boden die Informationen zu holen, die sie sonst nicht bekämen. Ich gebe schon zu, der eine oder die andere engagierte LektorIn, DozentIn, ProfessorIn stiehlt sich nicht vor der Auseinandersetzung mit der Homosexualität davon, aber so im großen und ganzen?

Vielleicht werden Sie sagen, die Uni kann sich ja nicht um jeden Schmarren kümmern, da gibt es ja noch andere (Fort-)Bildungsmöglichkeiten. Womit wir bei einer dritten Säule wären: der

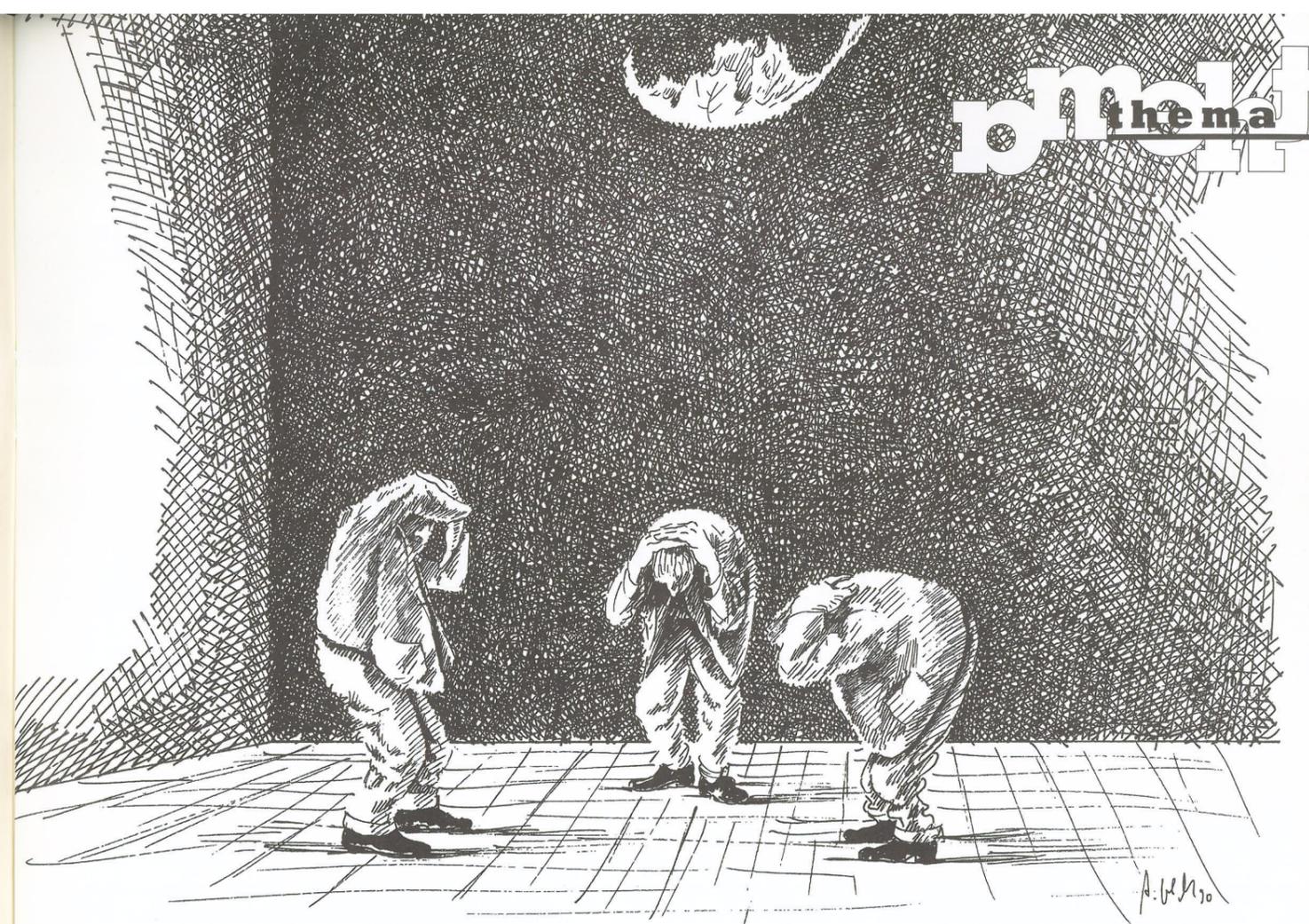
Erwachsenenbildung. Ein weites Feld, sag ich Ihnen, daher beschränke ich mich auf ein, zwei Blicke auf die Wiener Volkshochschulen – die kenn ich nämlich am besten. Dabei will ich Ihnen gar nicht erst erzählen, was mir dort alles persönlich zugestoßen ist, das ist Schnee von vorgestern. Nein, wir werfen einen kurzen Blick ins Programmangebot. Was sehen wir dort? Zum Thema Lesben und Schwule nicht allzuviel. Aber immerhin: In Ottakring gab es vor etwa zwei Jahren im Rahmen des »Lizotta« (Literarisches Zentrum Ottakring) eine Vortragsreihe »Wir haben große Ursache, mißtrauisch zu sein«. Eine rühmliche Ausnahme – und so wahr. Oder in der Stöbergasse: da wurde im Sommersemester des Vorjahres (bereits zum zweiten Mal) ein Massagekurs für schwule Männer angeboten. Jetzt läßt sich natürlich darüber diskutieren, wozu das gut ist – aber es läßt sich schließ-

lich alles diskutieren. Die bemerkenswerte Geschichte dabei: Ein ÖVP-Bezirksrat hielt das nervlich nicht aus und attackierte in einer Aussendung via VP-Zentrale wild die VHS. Der Gemeinderat durfte sich im Zuge der Subventionsdebatte damit auseinandersetzen, welche schreckliche Dinge in Wien subventioniert würden, und die VP erhielt verbale Unterstützung von den F (die damals noch Partei waren und zumindest im Namen irgendwas mit Österreich zu tun hatten). Als dann von den Schwarzen ein ironisch gemeinter Vorschlag für den nächsten VHS-Kurstitel »Wie rülpsche ich melodisch« kam, war endgültig klar, was manche PolitikerInnen unter, oder sollte ich besser sagen: von Bildung verstehen: nichts!

Damit Sie mich bei dem, was ich so sage und schreibe, nicht mißverstehen: ich denke ganz und gar nicht, daß ein

Unterrichtsfach »Homosexualität« eingeführt werden sollte; daß in sämtlichen Uni-Vorlesungen auch die lesbisch-schwule Sichtweise diskutiert werden sollte; daß fünf oder sieben oder zehn Prozent der VHS-Programme explizit für Lesben und Schwule gemacht sein sollten. Ich denke nur, daß es gut wäre, das Thema nicht auszuklammern oder zu verstecken oder – wenn es doch einmal auftaucht – zu diskreditieren. Und außerdem würde ich mir wünschen, daß in unseren Bildungseinrichtungen ein fächerübergreifendes Prinzip Platz greifen würde, das überhaupt zum wichtigsten Bildungsziel werden könnte: die – Sie verzeihen mir diesen altmodischen Ausdruck – *Herzensbildung*. Dann brauchen wir keine eigenen Kurse und Veranstaltungen, da kämen Lesben und Schwule ganz einfach und selbstverständlich vor. Genauso wie AusländerInnen und behinderte Menschen und und und. Und die Lesben und Schwulen, die in den Bil-

dungsinstitutionen tätig sind, brauchten sich auch nicht mehr zu verstecken. Weil sie nämlich nicht mehr fürchten müßten, schief angesehen, nicht befördert, schikaniert oder gar entlassen zu werden. Sie meinen, das gibt es nicht? Wieviele schwule Lehrer kennen Sie? Und lesbische SchulsprecherInnen? Und schwule Volkshochschuldirektoren? Und bisexuelle Uni-ProfessorInnen? Oder gar – einmal abgesehen davon, daß Ministerinnen sich mit Gesundheit, Familie und Frauenfragen zu begnügen haben – eine bekennende lesbische Kultur- und Bildungsministerin? Also, mit Ausnahme der Ministerin kenne ich einige solche. Nein, nein, offen stehen sie zu ihrer Homosexualität in den seltensten Fällen – verständlich, ist doch der Wind, der Lesben und Schwulen hierzulande ins Gesicht bläst, ein meist recht eisiger. Sehen Sie, und darum bin ich für die Herzensbildung. Dann würde der Wind vielleicht ein wenig wärmer. ■



Liebe Freunde!

– besonders aus Oberwart und Stinatz in »meinem« Burgenland!

Ich wollte in diesem Brief erzählen, wie die vielen »kleinen« Leute hier in der Türkei ihr Leben bewältigen und dabei eine Form von Alltagskultur schaffen, die meiner Sicht von Kultur mehr entspricht als so manches an aufgesetzter Hochkultur. Aber solche Fragestellungen erübrigen sich zur Zeit angesichts der Trauerfälle in Österreich, ihrer Ursachen und Begleiterscheinungen.

So möchte ich den Hinterbliebenen, Freunden, Nahestehenden – allen Roma und Sinti, den Kroaten und allen Betroffenen mein herzliches Beileid ausdrücken.

Alle gutgemeinten Initiativen, die sich der Probleme der Minderheiten angenommen haben, aber nie von der obersten Politikergarnitur getragen wurden, müssen traurig erkennen, daß sie in schrecklicher Weise gescheitert sind. Hoffentlich hat das Opfer dieser Männer die Entscheidungsträger nun endlich wach-

gerüttelt. Die Initiativen für Minderheiten müssen ab jetzt mit größtem Einsatz und als eines der wichtigsten nationalen Anliegen der Hohen Politik angesehen und fortgesetzt werden. 1994 als *Jahr der Minderheiten* offiziell auszurufen, wie es die *Initiative Minderheitenjahr* nach jahrelangen Vorbereitungen der österreichischen Bundesregierung vorschlug, wurde von ihr damals »nicht in Betracht gezogen«; ich erinnere mich dieser Antwort und Formulierung des Bundeskanzlers genau. So eine Einstellung hat Tradition: Die im Staatsvertrag von 1955, also vor 40 Jahren, festgeschriebenen Rechte zum Schutz der Minderheiten, von der Regierung als Pflicht – als Pfand für den Staatsvertrag – übernommen, sind bis heute noch nicht zur Gänze erfüllt. Roma und Sinti, die vergessenen Opfer des Holocaust, sind überhaupt erst seit Ende 1993 als Minderheiten anerkannt. So viel zur Vergangenheit, aber auch die Gegenwart macht diesbezüglich wenig Hoffnung, solange nämlich autochthone Minderhei-

ten von ungebildeten Nationalisten zu Fremden gemacht und Ausländer und Asylanten vom Gesetzgeber und Exekutive so skandalös behandelt werden! Dann darf es nicht allzu verwundern, wenn einige in Oberwart, natürlich als »Chaoten« bezeichnet, sogar von Mittäterschaft sprachen.

Dabei hat für mich in Stinatz und Oberwart eine Glückssträhne und so vieles begonnen. Dankbare Erinnerungen verbinden mich mit diesen Orten. Dort lernte ich Martin S. und Gerhard B., M.W. und S.B. kennen, durch sie bekam ich Zugang zur Literatur der burgenländischen Kroaten, der Roma und Sinti und lernte noch viele liebe Menschen kennen, die ich durch Namensnennung jetzt nicht gefährden möchte.

Alles, was jetzt bei mir noch darüber hinausginge, wäre Geschwätzigkeit, so soll mein Brief aus Stambul im Schwarz einer Trauerfahne verstummen.

Gerald Nitsche

Phurde, bajval, phurde
paj kopača e patra, hej
te šaj šaradjon de tele
kodoj laše šave.

Kurke de teharin
jaj de kodo hiro šundam,
hej
kaj bombenca mudarde,
mamo
štar romane šaven.

Ašile korkora
e but cigne šave, hej
čore taj korkora, mamo
taj vi lengo nipo.

Devlam, Devlam, bara,
sostar kodo muklan, hej
te mudaren e gaže, aba
kodoj terne šaven.

Bara raja Devlam,
šukares mangav tu, hej
žutin e bute Romenge
taj ker amenge pača.

žutin e romenge Devlam
sa pe kadi luma.

Wehe, Wind, wehe
die Blätter von den
Bäumen,
daß die vier
Romaburschen
zugedeckt werden.

Am Sonntag früh
erhielten wir die
Nachricht,
daß vier Romaburschen
durch eine Bombe getötet
worden sind.

Viele kleine Kinder
sind zurückgeblieben,
arm und allein,
die Kinder und die
Familien.

Gott, großer Gott,
warum hast du
zugelassen,
daß gaže (Nichtroma) die
jungen Burschen
umgebracht haben.

Großer Gott,
ich bitte dich von ganzem
Herzen,
hilf den vielen Roma
und gib uns Frieden!
Hilf, Gott, allen Roma
auf der ganzen Welt!

Sostar? – Warum?

von Ursula Hemetek

Dies ist das Lied einer Romni – der Sängerin Ruža Nikolić-Lakatos über den Bombenanschlag am 4. Februar 1995 in Oberwart, entstanden zu einer traditionellen Lovara-Melodie aus der persönlichen Betroffenheit heraus.

Solche Lieder gibt es bei den Roma schon sehr lange. Oft werden in ihnen wahre Begebenheiten reflektiert, und sehr oft sind es tragische Ereignisse, die besungen werden. Sostar, warum? heißt es immer wieder in diesen Liedern. Das Warum ist eine wichtige Frage in der Geschichte dieses Volkes. So haben sich schon die ersten Roma gefragt, als sie zu Beginn des 15. Jahrhunderts nach Mitteleuropa kamen und ihnen mit Haß, Ablehnung und Angst begegnet wurde.

Das fragten sie sich auch, als sie 1492 beim 2. Reichstag von Freiburg für *vogelfrei* erklärt wurden, und 1725 beim Erlaß König Friedrich Wilhelms I. von Preußen, daß alle männlichen und weiblichen Zigeuner über 18 Jahren ohne Gerichtsverfahren am Galgen erhängt werden könnten. Sie fragten auch warum, als 500.000 von ihnen zwischen 1939 und 1945 in den Konzentrationslagern der Nazis ermordet wurden.

Es gibt keine Antwort darauf, denn wie soll denn jemand, der allein aufgrund seines Andersseins verfolgt, ausgegrenzt und umgebracht wird, verstehen, daß seine bloße Existenz der Grund für den Haß ist, der ihm entgegengebracht wird?

In den kranken Hirnen der Bombenleger gelten andere Gesetze der Logik. Es ist hier nicht der Ort, nationalsozialistische Rassentheorien zu analysieren, sie sind hinläng-

Das fragen sich derzeit viele Menschen in Österreich, Minderheitenangehörige und auch viele andere, angesichts der schrecklichen Ereignisse des 4. und 6. Februars, angesichts des Terrors, der sich gegen Minderheiten richtet.

50 Jahre nach Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz – ein Lager, in dem Tausende Roma ins Gas gingen; die Feierlichkeiten sind kaum vorbei, und es werden vier Roma ermordet. Die Ideologie, die hinter den Morden steht, ist dieselbe, die Auschwitz ermöglicht hat.

lich bekannt, und sie liegen allen Attentaten deutlich zugrunde, angefangen von der ersten Briefbombe 1993, die die ORF-Mitarbeiterin Silvana Meixner schwer verletzte. Scheinheilig sind die Beteuerungen all jener politisch Verantwortlichen, die behaupten, dieses Attentat sei völlig unerwartet geschehen. Nur die Bestialität war vielleicht nicht vorstellbar und unerwartet. Roma in Österreich leben tagtäglich mit Vorurteilen, Diskriminierung, Benachteiligung und mit Angst. Die wenigen KZ-Überlebenden, die nach 1945 zurückkehrten, verbargen ihre Identität, aus Angst, daß das alles noch einmal beginnen könnte. Sie wurden widerwillig empfangen, die Opferrenten wurden ihnen verweigert.

1988 war ein Wendepunkt in der Geschichte der Roma in Österreich: Ceija Stojka trat als Romaautorin mit einem Buch an die Öffentlichkeit, 1989 wurde in Oberwart die erste offizielle Romavertretung – der Verein Roma – gegründet. Roma begannen, ihre Angst abzulegen, aus der Verborgenheit herauszutreten, den Nichtroma selbstbewußt die Hand zu reichen. Es folgten 3 weitere Vereinsgründungen, und schließlich wurden die Roma, auf Bemühen dieser Organisationen, am 16. Dezember 1993 als Volksgruppe anerkannt. Die gesetzlichen Vorausset-

zungen waren geschaffen, eine politische Willenserklärung damit abgegeben. Dabei blieb es aber leider, denn der Volksgruppenbeirat ist noch immer nicht eingerichtet worden, das Budget des Bundeskanzleramtes für die Romavereine ist minimal. Trotzdem sollen diese vier Organisationen jetzt alle notwendige Arbeit tun; und die notwendige Arbeit ist, für die gesellschaftliche Akzeptanz der Roma zu arbeiten. Was nützt der Status als Volksgruppe, wenn bei Stellenvermittlungen noch immer vermerkt ist: »Keine Zigeuner« und in Oberwart Lokalverbote für »Zigeuner« bestehen?

In diesen Tagen der Trauer und des Entsetzens ist viel gesagt worden, Ehrliches und Unehrlisches, und man hat von vielen guten Vorsätzen gehört, viel von Solidarität. Die vier Romaorganisationen können das, was wirklich notwendig ist, nicht alleine schaffen. Ilija Jovanović, Obmann des Vereins Romano Centro, hat es bei einer Pressekonferenz der Initiative Minderheiten auf den Punkt gebracht:

»Die Anerkennung der Roma muß in den Herzen der Menschen stattfinden.« ■

Dieser Artikel ist erstmals in »Nedelja« vom 19. Februar 1995 in slowenischer Sprache erschienen.



Den Anfängen wehren – 50 Jahre danach?

Die von der Initiative Minderheiten nach den Bombenattentaten in Oberwart und Stinatz/Stinjaki veranstaltete Pressekonferenz am 10. Februar 1995 im Presseclub Concordia ermöglichte eine gemeinsame Stellungnahme der VertreterInnen verschiedener Minderheiten zur politischen Situation.

Auschwitz schläft – will man's wieder erwecken?« Trauer vermischte sich mit Zorn in Ceija Stojkass Stimme, die auch da zitterig klang, als sie ihren Appell an anwesende JournalistInnen und Gäste richtete: »Es ist Zeit, daß alle Roma auf der ganzen Welt als Menschen gesehen und geschützt werden!«

Die von der Initiative Minderheiten bezüglich des Bombenterrors einberufene Pressekonferenz, die mit dem Gesang von Ruža Nikolić-Lakatos begann – ein Lied voll Trauer, dessen Text sie für die vier getöteten Roma umgeschrieben hat (siehe S.17) –, konnte mehr Medienleute ins Pressehaus bewegen als diejenige, die im November 1993, als Auftakt zum Minderheitenjahr und mit mehr oder weniger denselben PodiumsteilnehmerInnen, veranstaltet worden war. In ihren Einleitungsworten beklagte Ursula Hemetek (Initiative Minderheiten) u.a. diese Ambivalenz des medialen Interesses an Minderheiten, das sich oft im Zusammenhang mit spektakulären Ereignissen – und daher auch – erst postum meldet: »Sind Roma dann interessant, wenn sie umgebracht werden?«

Auch Terezija Stoisits (Die Grünen), in deren Geburtsgemeinde Stinatz/Stinjaki eine der Bomben explodierte, wies auf die fehlende Präsenz der Minderheitenanliegen in den Medien hin: »Wenn am näch-

sten Montag, nach dem live übertragenen Begräbnis, keine Kameras und Reporter mehr in Oberwart zu sehen sein werden, wächst wieder Gras über alles.« Die materielle Not der in der Roma-Siedlung lebenden Menschen, die durch die Berichterstattung augenfällig wurde, werde zwar gelindert, die offizielle Minderheitenpolitik sei aber eine in ihren meisten Punkten falsch geführte. Österreich sei ein Land, wo keine verfassungsrechtlichen Schutzmaßnahmen für Minderheiten existieren, betonte Stoisits.

In dieselbe Kerbe schlug das Statement von Waltraud Riegler (HOSI-Wien), die ihre Empörung darüber zum Ausdruck brachte, daß das »Jahr der Toleranz« nun zum Jahr des Bombenterrors geworden sei: »Der Nährboden dafür ist in den letzten Jahren geschaffen worden, durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie – letztere durch die Gesetzeslage staatlich gefördert!« Es sei nicht die Zeit, so Riegler, große Reden zu halten, sondern zu handeln und sichtbare Zeichen zu setzen.

»Wehret den Anfängen!« – diesen Satz, der stets im Zusammenhang mit den neonazistischen Gewaltaktionen wiederholt wird, verwies Franci Zwitter vom Zentralverband der Kärntner Slowenen in seine historischen Grenzen – mit seiner Frage, von welchen Anfängen wir

denn sprechen: »Mit dem sogenannten Ortstafelsturm Anfang der 70er Jahre, der zwar nur Sachbeschädigungen zur Folge hatte, war die Schallmauer bereits durchbrochen. Mit dieser Gewalt, die wir mehr als zwei Jahrzehnte erleben, wird eine Linie deutlich, die sich bis heute durchzieht.«

Sigi Maron, Liedermacher, Kommunist und Rollstuhlfahrer, fühlt sich aufgrund all dieser Eigenschaften bedroht – in Österreich könne man heute noch sagen oder schreiben, fügte Maron hinzu, daß Behinderte »unwertes Leben« seien. Er präsentierte – als ein ermutigendes Produkt der Befassung österreichischer KünstlerInnen mit Minderheitenanliegen – das Ariola-Projekt, eine CD gegen Gewalt und Haß herauszubringen (siehe S. 23).

Die förmliche »Explosion« des Innenministers auf die immer lauter werdende Kritik an der Exekutive – »Mir reicht's!« – wies André Heller (Personenkomitee Initiative Minderheiten) mit dem Hinweis zurück: »Uns auch, aber schon lange!« Heller bekräftigte die Kritik an den Medien, die für jede Wortmeldung Haiders zu kriegen seien; der Saal hier stehe aber heute halbleer. »Niemand soll in diesem Land später behaupten, er hätte es nicht gewußt: Es wird ein Krieg geführt in diesem Land – von manchen Leuten gegen Demokraten!« Wie in jedem Krieg müsse man sich wehren, fuhr der Künstler fort. Heller betonte die Wichtigkeit einer – besonders an die Jugendlichen gerichteten – Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus, im Stil der AIDS-Kampagne: »Unsere Aufgabe ist es, die

Minderheitenthematik faszinierender zu zeigen.«

Sängerin und Schauspielerin Lena Rothstein sprach von der Vergangenheit: »Was mich als Jüdin mit den Roma-Familien im fernen Oberwart verbindet, ist vor allem das Wissen um das Geschehene von damals. Wir feiern, tanzen und musizieren gemeinsam – manchmal genügt ein Lächeln, und wir verstehen uns, weil wir zu gut wissen, was passiert ist. Doch offensichtlich genügen die Berichte der Opfer und Zeugen nicht: Wir Kinder der Opfer sind im Beweisnotstand!« Sie klage den, der die Konzentrationslager als »Straflager« bezeichnet, wegen Verleumdung und Rufschädigung – im Namen von Familienmitgliedern und Verwandten, die in diesen Vernichtungslagern der Nazis ermordet wurden. »Wir hier haben zwar kein großes politisches Gewicht«, fügte Rothstein hinzu, »engagieren wir uns aber, wo immer wir können!«

»Wenn man trauert, kann man nicht viel sagen!« Der Obmann des Romano Centro, Ilija Jovanović, war sichtlich bemüht, seine Empörung und Trauer in »medial verwertbare« Worte zu fassen, doch fand seine Aufforderung großen Anklang: »Es genügt nicht, daß wir Roma als Minderheit anerkannt wurden. Die Anerkennung muß im Herzen der Menschen stattfinden.«

Abschließend betonte Ursula Hemetek die Notwendigkeit des Zusammenhalts von Minderheiten: »Die minoritäre Allianz, um die sich die Initiative Minderheiten seit Jahren bemüht, ist heute aktueller denn je!«

Diese gemeinsame Pressekonferenz von VertreterInnen verschiedener Minderheiten bzw. Organisationen, welche ein entsprechend breites mediales Echo fand, war eine zwar symbolische, aber auch modellhafte Demonstration der Allianz. hg

Zeugnisse der Empörung

Unmittelbar nach dem Bombenterror brachten mehrere Organisationen und Personen in Presseerklärungen, Rundbriefen und Faxsendungen ihre Empörung und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den minderheitenfeindlichen Aktionen entgegenzuwirken. Es entstand ein spontanes Netz gegen Angst und für Solidarität, das nicht als Ganzes Zugang in die Medien fand. Auszüge aus einigen schriftlichen Zeugnissen der Empörung der Februartage:

Presseerklärung der Initiative Minderheiten am 6. Februar

(...) Wir verurteilen den Zynismus, mit dem angenommen wurde, die Roma hätten sich selbst in die Luft gesprengt. (...) Daß diese teuflische Falle 50 Jahre nach dem Ende von Auschwitz gestellt wird, dürfte kein Zufall sein. Das leider minderheitenfeindliche Klima in Österreich in den letzten Jahren trägt zu solchen Terroranschlägen in einem großen Ausmaß bei. (...) Oberwart war der Ausgangspunkt für die Romabewegung in Österreich, dort wurde 1989 der erste offizielle Romaverein gegründet. Auch die Tatsache, daß kurz darauf im burgenländischen Stinatz, Zentrum der burgenländisch-kroatischen Bewegung, eine Bombe explodiert ist, sehen wir nicht als Zufall. (...) Es wird in rechts-extremen Kreisen – wir haben im Gegensatz zum Innenminister keinen Zweifel daran, daß dort die Täter zu suchen sind – kein Unterschied gemacht zwischen Zuwanderern, autochthonen Volksgruppen und sozialen Randgruppen – sie alle sind »anders«, somit Ziel von Angriffen.

Appell an Österreich (vom »Verein Roma« und »Offenes Haus Oberwart«)

(...) Wir trauern um die Toten, wir fühlen mit ihren Angehörigen. Und wir haben Angst um Österreich! Laßt uns die Mör-

der finden und benennen! Laßt uns jenen entgegentreten, die den Boden von Haß und Aggression gegen das Fremde, Andere, Eigen-Artige vor- und aufbereiten! Laßt uns nach einem Leben des Miteinanders suchen! (...) Laßt uns kämpfen für ein würdevolles Leben aller Menschen in Österreich. Wir Burgenländer: Roma, Kroaten, Ungarn, Deutschsprachige.

Presseerklärung der HOSI-Wien

(...) Dieselben PolitikerInnen, die jetzt Krokodilstränen vergießen, haben doch durch ihr Verhalten und ihre Politik den Nährboden für Feindseligkeiten gegen bestimmte Gruppen und letztlich für den Bombenterror geschaffen. Die Aussage (...), nach den AusländerInnen und den ethnischen Minderheiten könnten Lesben und Schwule die nächsten Opfer des Bombenterrors sein, ist leider nicht aus der Luft gegriffen. Wenn es dazu kommen sollte, brauchten sich jedenfalls die PolitikerInnen am allerwenigsten darüber zu wundern, denn wer Intoleranz gegen eine Minderheit sät, wird Bombenterror ernten! (...).

Aufruf von Josef Hader, Kabarettist

In diesem Land geschehen wieder politische Morde. In

diesem Land werden wieder Todeslisten veröffentlicht. In diesem Land sind wieder Frauen, Männer und Kinder öffentlich mit Mord bedroht. In diesem Land gibt es aber auch viele, die sagen möchten: Wir sind mit denen, die da verfolgt und bedroht werden. Wer ihnen weh tut, wird mit uns zu rechnen haben. Wir wehren uns.

Solidaritätsfax der IG-Autoren, des Wiener Integrationsfonds und des Theaters des Augenblicks vom 7. Februar

Wir erklären uns solidarisch mit den österreichischen Minderheiten und verurteilen den menschenfeindlichen Polit- und Bombenterror in Österreich!

Gemeinsame Erklärung der burgenländisch-kroatischen Vereine am 16. Februar

(...) Die burgenländischen Kroaten sind fest entschlossen, den bewährten und fruchtbaren Weg des gemeinsamen Arbeitens für das Land und seine Vielfalt fortzusetzen. Dazu braucht unsere Gesellschaft mehr gegenseitiges Verständnis, Toleranz, Humanität und die ungeteilte Achtung der Menschenrechte. Intoleranz, Nationalismus und Extremismus als Haltung und Mittel politischer Auseinandersetzungen dürfen in unserer Demokratie keinen Platz haben. Wir rufen alle Österreicherinnen und Österreicher auf, diese Werte im Umgang mit allen Menschen in unserem Lande, auch im Umgang mit den Volksgruppen zu praktizieren (unterzeichnet von 14 Vereinen).

Presseerklärung des Kulturvereins österreichischer Roma

(...) Die österreichischen Romavertreter bitten – angesichts der vier toten Roma in Burgenland – die österreichischen Volksgruppen um Solidarität und fordern die österreichische Öffentlichkeit auf, nicht nur Mitgefühl zu zeigen. (...) Angesichts des Jahres der »Toleranz« und des Gedenkens 50 Jahre »DANACH« – Befreiung der Konzentrationslager durch die Alliierten (europaweit wurden an die 500.000 Roma und Sinti ermordet, davon einige tausende österreichische Volksgruppenangehörige) – und angesichts des schrecklichen Sprengstoffattentats in Oberwart fordern wir die Landes- und bundespolitischen Verantwortlichen auf, durch konkrete Handlungen und gezielte Maßnahmen die Voraussetzung für ein zukünftiges Wohlbefinden der Volksgruppen in Österreich zu schaffen (...).



T. Stoisits, A. Heller und L. Rothstein bei der Pressekonferenz der Initiative Minderheiten

Fremdenfeindlichkeit kommt nicht aus dem Nichts

von Franjo Schruiff

Die vier Opfer des braunen Terrors aus der Roma-Siedlung in Oberwart und der schwerverletzte Bedienstete des Umweltdienstes Burgenland im kroatischen Stinjaki/Stinatz haben die Öffentlichkeit wachgerüttelt. Eine Woche lang, vom Anschlag in Stinjaki bis zum Begräbnis am Oberwarter Friedhof, hat die Mehrheit ihre Minderheiten zu Kenntnis genommen. Solidarität, Toleranz, Akzeptanz und Förderung waren die wichtigsten Worte, die dem schlechten Gewissen der Politik Ausdruck verliehen.

Die Solidaritätskundgebungen waren wichtig. Die Toleranzappelle und Bekenntnisse zur Vielfalt der Kulturen ebenso. Aber diese Zeit ist vorbei. Das gebündelte Licht der Tagesaktualität beleuchtet

aber auch die Minderheiten selbst. Den Bogen zwischen der bekannten latenten Ausländerfeindlichkeit und den Angriffen gegen die österreichischen Volksgruppen konnte und wollte bisher niemand spannen. Die alltägliche Diskriminierung und Verspottung war freilich auch bisher jedem Minderheitenangehörigen bekannt. Slowenen wurden schon immer »zurück über den Loibl« und Kroaten »zurück auf den Balkan« geschickt. Roma und Sinti mußten ebenso wie die Juden immer wieder hören, daß »der Hitler den Fehler gemacht hat, nicht gleich alle zu vergasen«. Wie gefährlich diese alltäglichen Angriffe und Verbalattacken auch immer waren, niemand hätte bisher erwartet, daß sie zu Morden führen würden. Und dennoch sind es ge-

vermuten könnte. Das Meinungsforschungsinstitut Fessel & GFK hatte bereits im Jahr 1990 die Haltung der Österreicher zu den Volksgruppen erhoben. Die Resultate hätten bereits damals alarmieren müssen. Auf die Frage, ob in den Volksgruppen eine Bereicherung für Österreich zu sehen sei, antworteten nur 23% der Befragten mit einem klaren »ja«, während 27% die Theorie der Bereicherung ablehnten. 49% waren unentschieden oder hatten keine Meinung. Besonders kraß ist die Situation bei Arbeitern und Facharbeitern. Hier können nur 7 bzw 9% mit dem Gedanken der Bereicherung etwas anfangen.

Ähnliche Ergebnisse haben neuere Umfragen zur Fremdenfeindlichkeit in Österreich ergeben. Das Meinungsforschungsinstitut Gallup hat festgestellt, daß noch immer 20 bis 30% der Österreicher antisemitischen Ideen nachhängen, 19% glauben sogar, daß es für Österreich am besten wäre, wenn es überhaupt keine Juden im Land gäbe.

Noch schwerwiegender sind die Vorurteile gegen die Roma und Sinti. 49% der Befragten wollen keinesfalls einen »Zigeuner« zum Nachbarn haben und geben das auch offen zu. In der Skala der Ablehnungen folgen die Serben mit 43%, die Türken mit 41% und die Juden mit 31%.

Die negative Haltung eines derart großen Teiles der Bevölkerung gegen alles Fremde läßt sich in weiterer Folge auch in der Haltung gegenüber den autochthonen Minderheiten wiederfinden. Für eine finanzielle Förderung der Kultur und der Sprache von Minderheiten können sich nur 30% erwärmen, während 42% der Österreicherinnen und Österreicher

keinen Groschen für die Volksgruppen ausgeben wollen. Einzig und allein bei den Maturanten und Akademikern findet sich eine Mehrheit für die Förderung der Volksgruppenkulturen.

In ihrer bisherigen Politik haben sich die meisten Volksgruppenorganisationen genötigt gesehen, sich von allem, was mit Ausländern zu tun hat, nach Möglichkeit klar abzugrenzen, um der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit auszuweichen. Die Attentate haben klar gezeigt, daß das nichts nützt. Den rechten Terroristen geht es nicht um die Staatsbürgerschaft, sondern um das Deutschtum. Die Bekenntnisse der »Bajuwarischen Befreiungsarmee« sprechen eine klare Sprache. Wer nicht germanisch-arisch ist, hat in Österreich nichts verloren. Die ständigen Sprüche vom vollen Boot, vom Aufnahmestopp, die unmenschlichen Ausländergesetze und der unglaubliche Zynismus der Behörden im Umgang mit Verfolgten und Flüchtlingen haben ihres dazu beigetragen, daß Fremdenfeindlichkeit in Österreich so salonfähig wie schon lange nicht mehr wurde.

Dieser Fremdenfeindlichkeit und vor allem der dumpfen Angst vor Ausländern geht es schon lange nicht mehr um ausländische Staatsbürger. Mit so einer begrifflichen Schärfe arbeitet nur das Gesetz. »Das gesunde Volksempfinden«, nach dem sich heute immer mehr Politiker so gerne richten, arbeitet mit anderen Erkennungsmerkmalen: mit dem Äußeren, mit der Sprache, der Religion und der Kultur.

In einer immer schnelllebigeren und komplizierteren Zeit steigt die Sehnsucht nach dem Vertrauten und Bekannten. Das Unbekannte macht Angst.

Je weniger sich jemand in der Welt von heute zurechtfindet, desto anfälliger ist er für diese Angst vor dem Fremden - und für die daraus folgende Fremdenfeindlichkeit. Ethnozentristische Politikansätze betonen wieder verstärkt das Eigene in Abgrenzung zum Fremden, das Wir und das Ihr. Diese Grenzen sollen klar zeigen, wer zu uns gehört und wer wegen seines Andersseins eben nicht dazugehören kann.

Bundespräsident Klestil hat in seiner Rede beim Begräbnis der vier Roma in Oberwart gesagt, daß auch Einzeltäter nicht aus dem Nichts kommen. Sicher nicht. Sie haben ihre Basis im gesunden Volksempfinden und kommen immer dann aus ihren Löchern, wenn sie im Volksempfinden die Bestätigung ihrer Ansichten erwarten.

In Österreich muß in den letzten Jahren sehr vieles schief gelaufen sein. Angefangen von der Diskussion rund um den Präsidentschaftswahlkampf von Kurt Waldheim, dem Aufstieg und dem Ausländervolksbegehren der ehemaligen FPÖ, die jetzt auch das Wort Österreich aus ihrem Namen gestrichen hat, bis hin zu den skandalösen Fremdengesetzen des Innenministers geht die Politik in die falsche Richtung. Gepaart mit einer ständigen Verharmlosung des Rechtsextremismus, der Unterwanderung der Polizei mit rechten und fremdenfeindlichen Ideologien und den zunehmenden rassistischen Tendenzen im Vollzug der Fremdengesetze wurde ein Klima geschaffen, das den Bombenterror ermöglicht hat - und das ihn wahrscheinlich weiter fördern wird.

Solidaritätskundgebungen, Toleranzappelle und Bekenntnisse zur Vielfalt der Kulturen sind wichtig. Nach Oberwart werden sie allerdings nicht mehr ausreichen. Das Klima, in dem die Täter aufwinden, muß an seinen Ursachen bekämpft werden. Denn genauso wenig wie die Täter aus dem Nichts kommen, kommt auch das Klima, das die Täter erst ermöglicht, aus dem Nichts. ■

Chronologie der Gewalt

Eine Liste der nationalistisch motivierten Attentate und Übergriffe in Österreich in den letzten drei Jahren

- 4.1.1992 Überfall der Wehrsportgruppe Trenck auf einen Studenten
- 16.1.1992 Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Traunkirchen
- 20.1.1992 Sprayaktionen in Klagenfurt und Feldkirch
- 7.2.1992 Brandanschlag auf den PKW eines Flüchtlings in der Steiermark.
- 22.2.1992 Tränengas-Attacke auf einen Rumänen in OÖ
- 1.3.1992 Überfall auf einen Migranten in Wien
- 29.3.1992 Brandanschlag auf ein Lokal in Donawitz
- 16.4.1992 Neonazi-Randale in der Wiener U-Bahn
- 8.6.1992 Brandanschlag auf eine Wiener Videothek
- 26.7.1992 Brandanschlag und Schmieraktion auf eine Flüchtlingsunterkunft in Tirol
- 30.7.1992 Schüsse auf eine Flüchtlingsunterkunft in Wien 20
- 26.8.1992 Brandanschlag auf einen jugoslawischen Reisebus in Wien
- 7.9.1992 Brandanschlag auf ein Flüchtlingslager in Wien
- 10.9.1992 Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Niederösterreich
- 19.9.1992 Neonazis beplustern Klagenfurt mit Aufklebern
- 23.9.1992 Brandanschläge in Kapfenberg und Linz, Schmieraktion in Gnas/Stmk.
- 4.10.1992 Überfall auf Ausländer in Tirol
- 8.10.1992 Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in St.Georgen/OÖ
- 27.10.1992 Rechtsradikale Schmieraktion in Oberösterreich
- 31.10.1992 Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt
- 10.11.1992 Bombendrohungen gegen Flüchtlinge in Bruck a.d. Mur.
- 26.11.1992 Molotowcocktail gegen ein Lokal in Linz
- 3.12.1992 Brandanschlag gegen das ehem. Konzentrationslager Mauthausen
- 17.12.1992 Brandstiftung gegen Arbeitsmigranten in Lambach/OÖ
- 22.12.1992 Bewaffneter Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Hinteranger/OÖ
- 26.1.1993 Brandanschlag auf ein Ausländerlokal in Vorarlberg
- 2.2.1993 Brand in einem von Ausländern bewohnten Wohnhaus, Vorarlberg
- 16.3.1993 Morddrohungen gegen Bosnier in Wien
- 20.4.1993 Neonazistisches Brandattentat in Wien-Donaustadt
- 24.4.1993 Zusammenstoß zwischen Skinheads und Antifaschisten in Feldkirch
- 17.5.1993 Entdeckung eines Waffenlagers bei einem 28jährigen Rechtsextremisten in Wien
- 20.5.1993 Besetzung des Petersbrunnhofs durch Neonazis in Salzburg
- 12.6.1993 Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Gegnern in Feldkirch
- 18.6.1993 Verhaftung dreier Rechtsextremisten vor einem Anschlag
- 17.7.1993 Brandanschlag gegen ein von Arbeitsmi-
- granten bewohntes Wohnhaus in Vorarlberg
- 22.7.1993 Versand von Nazi-Propagandadisketten an Schulen
- 1.9.1993 Brandanschlag auf einen von Kurden bewohnten Bauernhof in Vorarlberg
- 4.9.1993 Brandvernichtung eines Ausländerquartiers in Vorarlberg
- 21.9.1993 Amoklauf eines ausländerfeindlichen Wieners
- 15.10.1993 Molotow-Cocktails in von Arbeitsmigranten bewohnten Häusern in Vorarlberg
- 4.10.1993 Brandanschlag auf ein Ausländerquartier in Lustenau
- 7.11.1993 Brandvernichtung eines von türkischen Familien bewohnten Bauernhofes/Vorarlberg
- 3.12.1993 Briefbombenattentate auf den Hartberger Pfarrer A. Janisch und die ORF-Moderatorin S. Meixner; dritte Bombe wird im Caritas-Büro entdeckt
- 5.12.1993 Vierte Briefbombe an den Kulturverein der slowenischen Volksgruppe in der Steiermark; fünfte Bombe verletzt Wiener Bürgermeister
- 6.12.1993 Weitere Briefbomben an die Frauenministerin, zwei Spitzenpolitikerinnen der Grünen und die Bundeswirtschaftskammer entdeckt; letzte Bombe detoniert in einer Wiener Anwaltskanzlei
- 19.12.1993 Anschlag auf den Informationsbus der Asylkoordination
- 1.1.1994 Beschädigung des Ernst-Kirchweiger-Hauses in Wien
- 26.3.1994 Skinheadüberfall einer Privatfeier in Götzis/V
- 30.3.1994 Handgranaten-Fund vor einem Flüchtlingsheim in Bad Sauerbrunn
- 7.4.1994 Brandanschlag auf ein Migranten-Wohnheim in Kärnten
- 8.5.1994 Brandanschlag auf ein von Migranten bewohntes Haus/V
- 15.6.1994 Schmieraktion gegen das Hrdlicka-Mahnmal am Albertinaplatz/Wien
- 2.7.1994 Friedhofsschändung in Innsbruck
- 7.8.1994 Anschlag auf ein Wohnhaus in Altbach/V
- 20.8.1994 Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant in Tirol
- 24.8.1994 Detonation einer Rohrbombe, die vor der zweisprachigen Schule in Klagenfurt deponiert wurde
- 27.8.1994 Skinheads überfallen ein China-Restaurant in Völs/Tirol
- 4.10.1994 Vier Briefbomben erreichen die Ausländerberatungsstelle Dornbirn, den Wieser-Verlag in Klagenfurt, die Hallein Papier AG und das Stift Wilten in Tirol
- 12.10.1994 Anschlag mit einer Rohrbombe auf ein Ausländerwohnheim in Salzburg
- 4.2.1995 Bombenfalle fordert vier Tote unter den Roma von Oberwart
- 6.2.1995 Bombenfalle in Stinatz fordert einen Schwerverletzten



längst andere und interessantere, weil neuere Themen.

Jetzt gilt es, die Fragen, die die Attentate von Oberwart und Stinatz aufgeworfen haben, genauer zu untersuchen. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik wurden Minderheitenangehörige Opfer des rechtsextremen, nationalistischen Terrors. Dementsprechend unvorbereitet waren die Öffentlichkeit, die Medien,

rade diese Angriffe gewesen, die gemachten wie die schenkelklopfend zu Kenntnis genommenen, die die Bomben im Burgenland erst ermöglichten.

Wissenschaftliche Analysen zeigen, daß die Minderheiten in der breiten Öffentlichkeit keinesfalls jene Beliebtheit haben, die man nach den Reaktionen der Medien und der Politik auf die Bombenattentate

»Für eine wirkliche Gleichstellung aller Minderheiten«

Auszüge aus einem Rundbrief, den das Netzwerk für interkulturelle Entwicklung nach den Bombenanschlägen von Oberwart und Stinatz verfaßte.

Klagenfurt/Celovec, Februar 1995

Liebe Freunde,

wir wenden uns zum ersten Mal mit einem Rundbrief des *Interkulturellen Netzwerkes* an einen größeren Kreis von Personen, um auf beunruhigende Entwicklungen in Österreich aufmerksam zu machen.

Obwohl von vielen Seiten in der letzten Woche Entsetzen, Betroffenheit und Solidarität geäußert wurde und man den Opfern des Bombenanschlags von Oberwart am Samstag (10. 2. 95) sozusagen ein Staatsbegräbnis, das im Fernsehen direkt übertragen wurde, bereitet hat, befürchten wir, daß man nun einfach wieder zur Tagesordnung zurückkehrt. Die Strategie des Verschweigens von rechtsextremen Drohungen und des Bagatellisierens von politisch motivierten Verbrechen hat sich tief eingefressen.

Mit der Verurteilung des Anschlags und der Forderung nach Solidarität wurde ein erster Schritt getan. Die derzeitige Trauer über diesen Mord spiegelt zu Recht Ensetzen wider, bleibt aber dabei stehen. Nicht in Frage gestellt werden

jene Mechanismen und Strategien, die Minderheiten ausgrenzen, diskriminieren und an den Rand der Gesellschaft drängen. Aber genau hier gilt es anzusetzen, will man künftig politisch motivierte Gewalt gegen Minderheiten verhindern.

Will man reelle Prävention leisten, ist es unumgänglich, einen *Aktionsplan*, der eine wirkliche soziale, wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Gleichstellung aller in Österreich lebender Minderheiten zum Ziel hat, auszuarbeiten. Dieser Aktionsplan sollte unter anderem folgende Forderungen beinhalten:

■ verbrieftes Bekenntnis zu einem multikulturellen Österreich

■ großzügige Gesetzesänderungen, die auch eine Gleichheit durch das Gesetz mit einschließen, gesetzlich verankerte Anti-Diskriminierungsmaßnahmen, konkrete Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung

■ Umsetzung von sprachlichen Rechten (zwei- und mehrsprachige topographische Aufschriften, Gebrauch von Volksgruppensprachen bei Ämtern und Gerichten)

■ Durchsetzung kultureller und schulischer Rechte (z.B. Zugang zu den Medien, Ausbildung in der Muttersprache als Vorbedingung einer Mehrsprachigkeit)

■ gemeinwesenorientierte Projekte vor Ort, die in Zusammenarbeit zwischen Minderheiten und Mehrheiten erstellt werden

■ eigene Schulung von Personen in Schlüsselinstitutionen (Lehrer, Sozialarbeiter, Gemeindefunktionäre, Journalisten, Kulturaktivisten).

Dieser Aktionsplan ist als Rahmenplan gedacht. Um den spezifischen regionalen Situationen Rechnung zu tragen, müssen entsprechende Prioritäten zur Beseitigung der Diskriminierung gesetzt werden. Um einen fundierten Vorschlag auszuarbeiten zu können, ist uns ein großes Anliegen, daß internationale Erfahrungen einfließen. Wir hoffen, als Reaktion auf diesen Rundbrief Vorschläge, Ideen, Bemerkungen und Kritiken zu erhalten. Weitere Rundbriefe sollen der thematischen Koordination und inhaltlichen Vertiefung dienen. Bei Bedarf sollen ad hoc kleinere themenzentrierte Treffen stattfinden.

Das Interkulturelle Netzwerk organisiert in Zusammenarbeit mit dem *Europarat*

und der *Universität Klagenfurt/Celovec* in der Woche vom 27. November bis 2. Dezember 1995 eine dreitägige internationale Konferenz in Klagenfurt. Der Arbeitstitel der Konferenz lautet *»Vertrauensbildende Maßnahmen und Strategien gegen Rassismus«*. Der vorgeschlagene Aktionsplan soll im Mittelpunkt der Konferenz stehen.

Abschließend möchten wir Sie bitten, uns möglichst bald mitzuteilen, ob Sie an der Konferenz teilnehmen können, und freuen uns auf Ihre kritischen Bemerkungen und Vorschläge zum Aktionsplan.

Mit freundlichen Grüßen

für das *Interkulturelle Netzwerk*

Brigitte Busch
Vladimir Wakounig

Kontaktadresse:
Netzwerk für Interkulturelle Entwicklung / Mreža za Interkulturni Razvoj
Universität Klagenfurt
Institut für Schulpädagogik und Sozialpädagogik
Universitätsstr. 65 - 67
A-9020 Klagenfurt/Celovec
Tel.: +43/ 463/ 27 00 558
Fax: +43/ 463/ 27 00 562

Text für das CD-Beiheft vom STIMME-Autor Erwin Riess:

Österreichische Tagesordnung

Der Bundeskanzler ist erschüttert.
Der Landeshauptmann verurteilt die Anschläge.
Der Bürgermeister beschwört den Geist der Nachbarschaft.
Der Bischof nimmt die Schuld von den Ermordeten.
Der Parlamentspräsident verteidigt die Demokratie.
Der Bundespräsident bittet um Mitgefühl.
Der Polizeipräsident bedauert Fehler.
Der Innenminister vertraut der Polizei.
Der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit sorgt sich um die öffentliche Sicherheit.
Der Vizekanzler fürchtet um den Staat.
Der Kardinal warnt vor Gottlosigkeit.
Angehörige werden durchsucht.
Jugendliche treten Kerzen aus.
Aufrufe werden verfaßt.
Lieder werden gehört.

Särge werden gezimmert.
Täter trinken Bier.

Erwin Riess



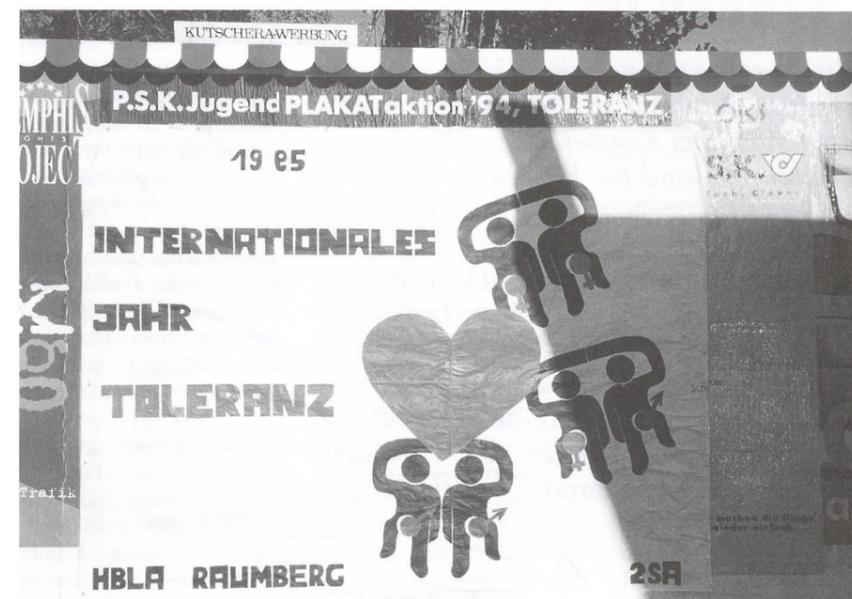
Toleranz und Kunst in der Schule

Chronologie einer verhinderten Bemühung

Frau Elisabeth S., Lehrerin an einer Höheren Bundeslehranstalt, nahm mit ihrer Klasse an der *Jugend-PLAKATaktion* des *Österreichischen Kultur Service (ÖKS)* und der *PSK* zum Thema *Toleranz* teil. Bei dieser Aktion erhielten im Herbst 1994 rund 120 Schulklassen in ganz Österreich die Möglichkeit, weiße Plakate dem Thema entsprechend künstlerisch zu gestalten.

Im September 1994 wurden inhaltliche Überlegungen angestellt: Toleranz sollte am Beispiel unterschiedlicher (heterosexueller – homosexueller) Lebensentwürfe thematisiert werden. Ziel war es, sich gegen die Ausgrenzung, Diffamierung und Kriminalisierung von Menschen auszusprechen, ausgehend vom Gedanken, daß Menschenrechte nicht teilbar sind. Bei der Gestaltung des Bildinhaltes spielte die Zumutbarkeit für den ländlichen Raum eine wesentliche Rolle.

Im Oktober wurde das Plakat von den Schülern gestaltet und außerhalb des Schul-



gebäudes auf einer Plakatwand angebracht. In der Folge verlangte der Direktor die Abnahme des Plakates, Lehrerkollegen und Schüler wurden aufgefordert, sich von dem Plakat zu distanzieren. Schließlich gab man sich damit zufrieden, den Schulnamen am Plakat zu übermalen.

Im November erhielt Frau S. eine offizielle Belehrung,

Stimmen gegen Haß und Gewalt

Das ist der Titel einer Benefiz-CD, die anlässlich des rechten Bombenterrors von *Ariola* (künstlerische Beratung: *Sigi Maron*) in Zusammenarbeit mit der Initiative *Minderheiten* herausgebracht wird. Der Tonträger bietet – bereits veröffentlichte – Beiträge von 20 österreichischen KünstlerInnen und Gruppen an: *STS*, *Die Hektiker*, *Zipflo Weinrich*, *Schmetterlinge*, *Rainhard Fendrich*, *Ruža Nikolić-Lakatos*, *Reinhart Liebe & seine Leute*, *Ostbahn-Kurti & Die*

Chefpartie, *Hubert von Goysern* und *die Alpinkatzen*, *EAV*, *Harri Stojka-Powersystem*, *Wiener Tschuschenkapelle*, *Dorfer* und *die Bösen*, *Konstantin Wecker*, *Lukas Resetarits*, *Andre Heller*, *Udo Jürgens*, *Tony Wegas*, *Sigi Maron* und *Bruji*.

Eine Besprechung der CD *Stimmen gegen Haß und Gewalt*, die bei der gleichnamigen Benefiz-Veranstaltung in der *Wiener Stadthalle* am 6. März präsentiert wurde, finden Sie in der nächsten *STIMME*. red

seither werden ihre kulturellen Aktivitäten verhindert, sie selbst ausgegrenzt und boykottiert. Der damalige Bundesminister für Unterricht und Kunst, *Rudolf Scholten*, schrieb an sie: *»... Daß es gerade bei der Behandlung des Themas 'Toleranz' zu Widerständen gekommen ist, bedaure ich ganz besonders, da sich die Realisierung von Toleranz in der praktischen Arbeit und in der Art des Umgangs miteinander auch am Arbeitsplatz Schule erweist. Ich hoffe, Sie sehen in diesen Irritationen einen zusätzlichen Auftrag, Ihr Engagement weiterzuführen. Zu Ihrem wunderschönen Plakat möchte ich Ihnen und Ihren Schülern ganz herzlich gratulieren.«* Den Schülern wurde es durch die Direktion untersagt, eine Kopie dieses Schreibens im Klassenzimmer aufzuhängen.

Der ÖKS startete daraufhin eine Solidaritätsaktion für die Lehrerin: Statt einer gewöhnlichen Weihnachtskarte wurde ein Faltprospekt mit der Abbildung des Plakates, der Projektbeschreibung und einer Antwortkarte mit der Bitte um eine Solidaritätsadresse gedruckt und ver-

sandt. Der Rücklauf war enorm, mehr als 700 Karten langten beim ÖKS ein.

Am 1. Februar 1995 fand im *Kassasaal* der *PSK* die Vernissage zur *Jugend-PLAKATaktion* statt, bei der *Elisabeth S.* eine Auszeichnung für ihr großes Engagement für Schulkultur erhielt.

Ende gut – alles gut? Mitnichten! Rund um das Ansuchen von Frau S. um ein autonom zu verwaltes Schulkulturbudget zur Durchführung kultureller Aktivitäten an ihrer Schule im Sommersemester 1995 kam es einmal mehr zu Schwierigkeiten mit der Direktion und der Schulverwaltung. Resigniert schrieb die Lehrerin am 7. Februar 1995 an den ÖKS: *»... Alle Schritte scheinen nur einem Ziel zu dienen, nämlich meine Arbeit mit den Schülern zu verhindern. Mir bleibt in diesem Fall keine andere Möglichkeit, als meine Aktivitäten nicht durchzuführen ...«*

Daher hat die Geschichte leider – zumindest vorläufig – kein Happy-End. ■

Waltraud Barton ist ÖKS-Mitarbeiterin.

Kompetenzlos – Geldlos

Frauen im Sparpaket

Am 1. 2. 1995 veranstalteten die VHS Ottakring und [sic!] Forum für feministische Gangarten eine Podiumsdiskussion über Kompetenzen, Quoten und Zuständigkeiten von und für Frauen in der österreichischen Koalitionsregierung. Es diskutierten Madeleine Petrovic (Bundessprecherin und Klubobfrau der Grünen), Eva Blimlinger (Historikerin), Gertrude Brinek (Abg.z.NR, stv. Vorsitzende der ÖAAB-Frauen), die Journalistin Susi Riegler, Irmgard Schmidleithner (Bundesfrauenvorsitzende des ÖGB) sowie, in Vertretung von Heide Schmidt, die Frauen- und Bildungssprecherin des Liberalen Forums (LiF) Maria Schaffenrath. Ursula Kubeshofmann moderierte.

Das Sparpaket, erläuterte Petrovic, trifft die sozial Schwächsten, setzt im Sozialbereich bei jenen Leistungen an, die umverteilt von unten nach oben wirken. Auch sie glaubt, daß man einkommenseitig sparen muß, und plädiert für eine Solidarabgabe, eine Anhebung der Kapitalertragssteuer und eine Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer, was in Summe etwa 15 Mrd. bringen würde, ebenso viel glaubt sie, könnte man bei den falsch

umverteilenden Leistungen einsparen. Zugleich brauche es ein langfristiges ökologisches Umsteuern. Sie warnte vor Familienbesteuerungen, die Frauen davon abhängig machen, an das (ehe-)männliche Einkommen heranzukommen. Petrovic hofft durchaus, daß es eine überparteiliche Frauenlobby geben könnte, vermißt jedoch gewisse Grundkonsense.

Maria Schaffenrath verwies einleitend auf ihre Erfahrung

als alleinerziehende Mutter. Sie vermisse eine Wirtschaftsministerin, Frauenquoten seien tatsächlich sehr niedrig, Quoten lehne das LiF jedoch ab. Statt Arbeitszeitverkürzung steht beim LiF »Flexibilisierung der Arbeitszeit« auf dem Programm. »Transferleistungen« – gemeint sind Familien- und Geburtenbeihilfe – sollten dem Einkommen zugerechnet und besteuert werden. Über eine überparteiliche Frauenlobby würde man mitdiskutieren.

Schmidleithner griff den Hinweis der Moderatorin auf, daß es offenbar immer noch kaum Vorstellungen von Frauenpolitik jenseits der Familienpolitik gäbe. Die Forderung nach Teilzeitarbeit für Frauen zementiere die Koppelung von Frau und Familie statt Teilzeit für Frauen und Männer während der Kinderbetreuung. Teilzeitarbeit sei Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Eva Blimlinger monierte, daß bei Kürzung umverteilender Sozialleistungen ein Ansetzen an Kapitalertrags- und Vermögenssteuern jedoch außer Diskussion stehe. Es

gehe auch um eine Neudefinition von »reich« und »arm«. Eine parteienübergreifende Frauenlobby kann sich Blimlinger, angesichts der fundamental unterschiedlichen Positionen, nur schwer vorstellen.

Wieder einmal, meinte Riegler, diskutierten Frauen über die ihnen aufgezwungenen Maßnahmen, anstatt Forderungen auf der Grundlage des Beitrags der Frauen zum Bruttonationalprodukt zu stellen. Im Familienbericht 1989 etwa wurde die unbezahlte Arbeitsleistung von Frauen mit 400 Mrd. jährlich beziffert. Frauen in den Parteien würden jedoch zumeist Parteisolidarität vor Frauensolidarität stellen. Das Sparpaket selbst sei nur konsequente Fortführung einer seit Jahren lancierten Politik.

Gertrude Brinek ist auf der Suche nach den kompetenten Frauen, die sich wirtschaftspolitisch äußern, die nicht Arbeitslosengeld beziehen, sondern in ihrer Arbeit Erfüllung finden. Solchen Frauen gälte etwa die flexible Arbeitszeit als Chance und nicht als Bedrohung. Bezüglich einer Frauenlobby ist sie eher ablehnend. Aus den Wirtschaftsdaten wisse sie, daß Kapitalertragssteuern nicht die nötigen Einsparungen bringen würden.

Als Resümee des Abends blieb Skepsis. Es könne, so Petrovic, bald wichtig sein, daß es eine nicht rechtspopulistische, dialogfähige Plattform in diesem Lande gibt. Doch die Diskussion verdeutlichte, wo solche Bündnischancen liegen und wo die grundsätzlichen Unterschiede in den wesentlichen Fragen der Verteilungs-, Sozial- und Demokratiepoltik Gemeinsamkeit bestenfalls auf Nebenschauplätzen ermöglichen. ■

Michaela Judy ist Direktorin der VHS Ottakring und Mitherausgeberin der Zeitschrift [sic!].



Es wird klargestellt, daß ... der tatsächliche Integrationsgrad des Ausländers nicht mehr berücksichtigt werden kann ... Ein neuerlicher Vorstoß der F und ihres Führers in Richtung "inländerfreundliches Österreich"? Nein – ein Auszug aus dem Erlaß des Sozialministeriums an die Arbeitsämter, wie der "Stand der Ausländerbeschäftigung an das ... vorgesehene Ausmaß von 8% des Arbeitskräftepotentials heranzuführen" sei. Ende November letzten Jahres ging das Sozialministerium daran, Tausenden von Menschen mit ein paar zynischen Worten ihr »Anderssein« drastisch vor Augen zu führen und sie zur Zwangsarbeitslosigkeit zu verurteilen.

Ab Anfang des Jahres gilt die Regelung, daß 8% (früher 9% aller unselbständig Erwerbstätigen in Österreich AusländerInnen sein können – in Zahlen 262.000 Menschen. Nun stehen aber mehr als 282.000 in Beschäftigung, d.h. mindestens 20.000 zuviel. In anderen Worten: Es werden keine Beschäftigungsbewilligungen mehr erteilt. Dies trifft unter anderem Jugendliche, die keinen Anspruch auf einen Befreiungsschein haben. Bis jetzt bestand für sie bei Nachweis entsprechender Sprachkenntnisse die Chance, einen Lehrberuf zu ergreifen.

Die Intention des Ministers sei es, so hört man, zu unterbinden, daß Firmen langjährige MitarbeiterInnen durch billigeren "Neuzuzug" ersetzen. So lobenswert das im ersten Moment klingt, so stellt sich doch die Frage, ob irgendeiner der Verantwortlichen im Ministerium an jene Menschen dachte, die – als Flüchtlinge oder im Rahmen des Familiennachzugs – seit Jahren hier leben, in die Schule gehen und sich wie alle jungen Menschen auf ein Berufsleben vorbereiten. Es ist eine Sache, Einwanderung zu verhindern, eine andere jedoch, den hier lebenden AusländerInnen das Hiersein

Das Ende der Integration?

so zu verunmöglichen, daß sie irgendwann unter dieser Last resignieren und unser Land verlassen. Verkommt das Schlagwort Integration zu einem bloßen Lippenbekenntnis? Ist es Absicht, die Jugendlichen in die Illegalität (Schwarzarbeit) und Kriminalität zu treiben, um sie über das Fremdenrecht abzuschleppen zu können? Ist es Absicht, das Vorurteil vom "arbeitscheuen Ausländer" zu schüren? Soll eine weitere Forderung des Haiderschen Volksbegehrens erfüllt werden? Integration oder Vertreibung?

Seit Herbst 1993 liefen am BFI Innsbruck, finanziert vom Arbeitsmarktservice, drei Deutsch-Intensiv-Kurse für ausländische Jugendliche, die diese auf einen Lehrberuf in einer jener Branchen, die unter einem eklatanten Lehrlingsmangel leiden, vorbereiteten: Die Jugendlichen muß-

ten ihre Ausbildungswünsche auf ganze 12 Berufe einschränken, v.a. im Bauneben- und Gastgewerbe (allein dies schon ein Grund, gegen das Beschäftigungsgesetz anzukämpfen!). Als ich den Jugendlichen des letzten Kurses mitteilte, daß sie, entgegen den Versprechungen, praktisch mit einem Ausbildungsverbot konfrontiert sind, brach eine Welle von Angst, Verzweiflung, Trauer und Wut los: »Wo sollen wir hin, es ist doch Krieg! Wir sind 30 Menschen und nicht 1% Gibt es keine Menschlichkeit in Österreich? Ich will arbeiten. Ich will leben.«

Mit Unterstützung der Medien und in enger Zusammenarbeit mit der Jugendabteilung der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft der Privatangestellten, der Ausländerberatung, Jugendzentren und der Wirtschaftskammer gelang es, für diese 30 jungen

Menschen eine Ausnahmeregelung zu erreichen. Aufgrund des massiven Drucks sah sich der Minister veranlaßt, einen Initiativantrag im Parlament einzubringen, in dem die Änderung in Aussicht gestellt wird. Die Höchstzahl soll per Verordnung »... für einzelne Personengruppen, an deren Beschäftigung öffentliche oder gesamtwirtschaftliche Interessen bestehen«, angehoben werden. Frühestens Ende März ist damit zu rechnen. Und dann? Werden die rüde abgewürgten Integrationsprojekte wieder aufgenommen? Wer gibt den Jugendlichen das verlorene Vertrauen zurück? Sollen sie glauben, daß dieser Staat auch sie vor Willkür schützt? Vor dem Gesetz sind alle gleich. Auch sie?

Sabine Pitscheider unterrichtete bei den BFI-Kursen und ist Projektleiterin.

1000 Tage Sarajevo

Eine Veranstaltung des Vereins Innsbruck-Sarajevo-Innsbruck und der Initiative Minderheiten

Aus Anlaß der schon über 1000 Tage anhaltenden Belagerung von Sarajevo fand am 31. Januar 1995 im Kulturgasthaus Bierstindl in Innsbruck die Veranstaltung »1000 Tage Sarajevo« statt. Ziel dieses Abends war es, ein Zeichen der Solidarität mit der Bevölkerung von Innsbrucks Partnerstadt zu setzen und gleichzeitig den Verein »Innsbruck-Sarajevo-Innsbruck« (ISI) vorzustellen.

Der Verein existiert nun seit etwa einem halben Jahr und hat ungefähr 10-15 Mitglieder. Ehem Alagić, der Gründer des Vereins, formulierte einen der Grundsätze: »Wir sind offen für alle Menschen, ganz gleich welcher Religion oder Nationalität sie sind. Wir möchten unpolitisch bleiben.«

Auch die anwesenden PolitikerInnen meldeten sich zu Wort: Der Innsbrucker Bürgermeister Herwig van Staa erzählte von den Eindrücken, die er auf seiner Reise nach Sarajevo gewonnen hatte. Er berichtete von den Bemühungen der Menschen, das kulturelle Leben trotz der Belagerung aufrechtzuerhalten. Kulturstadträtin Hilde Zach verwies auf die Kulturwoche »Sarajevo-Innsbruck. Partnerstadt«, die im März 1995 stattfindet und an auch KünstlerInnen aus Sarajevo teilnehmen.

Eine Lesung und eine Performance bildeten den zweiten Teil der Veranstaltung. Auf einer schiefen Ebene wurden Grabkerzen aufgestellt, die das Wort »Mensch« bzw.

serbokroatisch »Covjek« darstellten. Im Hintergrund wurden rechts und links von der schiefen Ebene zwei schwarze Stoffbahnen aufgehängt. Der Raum wurde verdunkelt, dazu lief Musik vom Band. Aida Handzo las auf serbokroatisch aus dem Vorwort zum Roman »Die Daumenlosen« von Miodrag Bulatović und das Gedicht »Aufzeichnung über das Land« von Mak Dizdar.

Interessierte, die beim Verein »Innsbruck-Sarajevo-Innsbruck« mitarbeiten möchten, können sich an das Büro der Initiative Minderheiten Innsbruck wenden (Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512/58 67 83).

Katina Lair

Anonymes Theater aus dem Knast

von Stefan Nicolini

Die Laientheatergruppe »Kultoknast« besteht seit sieben Jahren. Das Besondere an ihr: sie sitzt im »Häfen«. Abgeschlossen von der Öffentlichkeit entstehen Produktionen, die gesehen werden möchten.

Laietheatergruppen gibt es in Österreich viele, und so unterschiedlich ihre personelle Zusammensetzung bzw. ihre Motivation sein kann, gemeinsam ist ihnen allemal die Lust am Spiel, am Darstellen. Diese löst einen gruppendynamischen Prozeß aus, der vorgefaßte Modelle überwindet.

Bei der Theatergruppe *Kultoknast* trifft all das allerdings auf eine viel existenziellere Art und Weise zu. Die einzelnen SchauspielerInnen sind nämlich Häftlinge, also Menschen in »Häfen«. Einige befinden sich in Untersuchungshaft, andere sind zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. So unterschiedlich ihre Biografien und Straftaten sein mögen, sie stehen hier nicht zur Debatte. Es geht in diesem Zusammenhang vielmehr um den anspruchsvollen Versuch, anhand der Theaterarbeit ein erfolgreiches Konzept der Reso-

zialisierung von Gefängnisinsassen voranzutreiben. Hinter dem Experiment stehen vier Männer, die dieses Ziel verfolgen.

Hofrat Henckel, Gefängnisdirektor der Justizanstalt Josefstadt, fördert das Projekt. Die beiden Gefängniswärter Matowicz und Schuster, welche die Theatergruppe ins Leben gerufen haben, arbeiten ebenso hinter den Kulissen. Für die neue Produktion konnte schließlich Walter Mathes gewonnen werden. Er stammt aus Oberösterreich, lebt seit über 10 Jahren als freier Schauspieler in Wien und arbeitet u.a. im *Seeböck Ensemble* und bei den *Chauvinisten* mit.

Einer der äußerst seltenen Auftritte der *Kultoknast* außerhalb der Gefängnismauern fand unlängst in Wien statt. Ihre jüngste Eigenproduktion, die in Anlehnung an Frank Wedekinds Stück »Frühlingserwachen« heißt, war im Dezember letzten Jahres im Haus der Begegnung, Praterstern, zu sehen. Ort der Handlung: der Wiener Prater. Bilder und Szenen, die an das traditionelle Stegreifspiel des Wiener Volkstheaters erinnern, folgen aufeinander. Ihre Sprache: ein Vorstadtslang, der in keiner Weise gekünstelt erscheint, sondern das Idiom der SchauspielerInnen selbst ausmacht und die Grenze zwischen Theater und Realität verschwimmen läßt. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine typische Wiener Kleinhäuslerfamilie; Vater, Mutter und zwei Kinder, die den Prater be-

suchen und eigentlich all das erleben, was wir alle erleben könnten. Eine Fahrt mit dem Riesenrad, ein Essen im Schweizerhaus — viel Slapstick, Tanz und Improvisation; eine Komödie, in der aber auch Konflikte zwischen den Generationen spürbar und zum Bestandteil werden. Der Wiener Prater wird zum Symbol der Freiheit, jener Form vom Alltag, wie ihn die *draußen* verstehen, zum Synonym für unbesicherte Unterhaltung und Lebensfreude. Diese Symbolik wirkt jedoch niemals plakativ, sondern erhellt die Dramaturgie des Spiels unmerklich und doch spürbar. Denn man ist sich stets bewußt: Da spielen Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Eine Gefängnisgeschichte jedoch wollte niemand von der Gruppe inszenieren. »Das ist kein Thema«, meint Walter Mathes. »Wenn in der Gruppe jemand sagt, für die zwei Stunden nicht an das Gefängnis gedacht zu haben, dann sehe ich meine Arbeit als gerechtfertigt.«

Probleme gibt es jedoch zur Genüge. Die Gruppe ist nämlich von mehreren Seiten Anfeindungen ausgesetzt. Die Mithäftlinge glauben nicht so sehr an die Lauterkeit des Unternehmens. Da werden Gerüchte in Umlauf gebracht, wonach die Männer die Frauen der Gruppe bloß »pudem« wollten. »Für die anderen haben die Gruppenmitglieder einen privilegierten Status«, meint Walter Mathes. Die Realität sieht natürlich anders aus. Es kann vorkommen, daß die Gefängniswärter nach einer angesetzten Theaterprobe alle Gruppenmitglieder einer peinlichen und unwürdigen Perustration unterziehen. Auch daran soll die Gruppenarbeit nicht scheitern, fügt Mathes hinzu. Die Theaterproben finden im Versammlungsraum des Gefängnisses statt. Dafür opfern die Häftlinge ihre Freizeit. Walthers Mathes ist der einzige »Frankist«, der frei und gesetzestreu

von draußen kommt. Aussehen kann er sich die SchauspielerInnen nicht. Interessierte werden von den Gefängnisbehörden zu den Proben zugelassen. Einige verlassen die Gruppe nach kurzer Zeit, die Motive sind verschieden, andere erleben mehrere Produktionen. Die Fluktuation ist allemal hoch. Mit dem muß Mathes als Regisseur zu Rande kommen.

Wie viele Theatergruppen hat auch »Kultoknast« Finanzierungsprobleme. Denn wer will schon Gesetzesbrecher unterstützen, sei es auch nur indirekt und auf einer streng kulturellen Ebene. Die Namen der einzelnen SchauspielerInnen scheinen aus gesetzlichen Gründen in den Ankündigungen nicht auf, und Fotos dürfen auch keine geschossen werden. So leben die Mitglieder der Gruppe zwar durch öffentliche Auftritte und sind naturgemäß auf ein applaudierendes oder pfeifendes Publikum angewiesen, sie müssen aber ihre eigentliche Identität verbergen. In dieser Diskrepanz spielen und agieren sie so, als gäbe es all die Probleme nicht.

Auf die Frage nach dem Wozu meint Walter Mathes: »Theaterspielen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und das wird im Gefängnis nicht befriedigt. Es wird für die Seele nichts geboten. Deshalb habe ich zugesagt.« Solche Theatergruppen gibt es in Europa gar nicht wenige. Letzten Herbst fand ein erster Kongreß in Mailand statt, bei dem eine zukünftige vernetzte Zusammenarbeit von Theatergruppen in Justizanstalten auch in Form der Tourneen durch Europa ins Auge gefaßt wurde. Inwiefern dieses Vorhaben in Zukunft realisiert werden kann, wird von vielen Faktoren abhängen, nicht zuletzt von einer sensibilisierten Aufmerksamkeit der Bevölkerung dieses Landes und dem Willen ihrer Politiker. ■



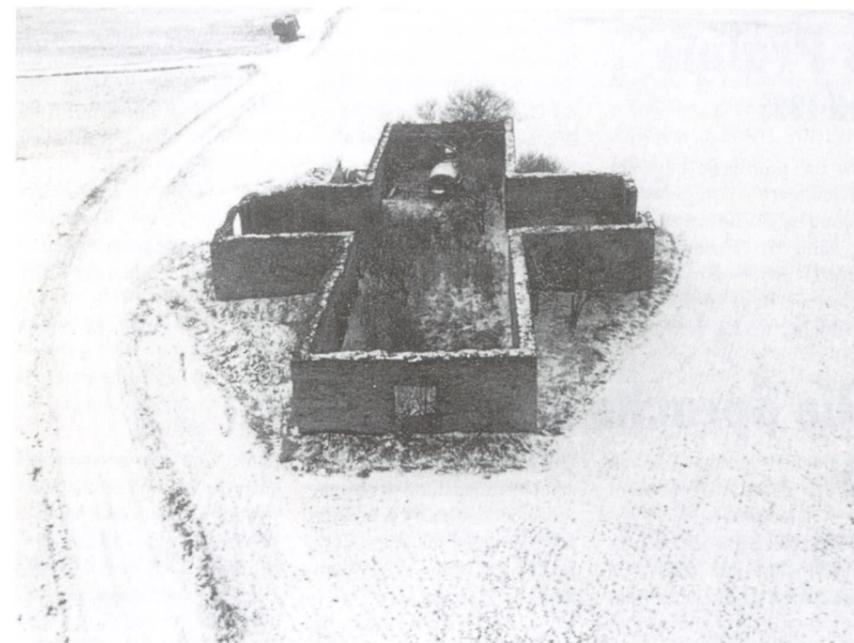
Erinnerung an einen Totentanz

Am Samstag, den 24. März 1945, 18 Uhr (die Truppen der Alliierten rücken bereits näher) kommt am Bahnhof im nahegelegenen *Rechnitz* ein Zugtransport mit ca. 180 schwerkranken jüdischen Zwangsarbeitern aus Ungarn an.

Zur gleichen Zeit sind im *Schloß Rechnitz*, dem Sitz der Bauabschnittsleitung des *Ostwalls*, die Vorbereitungen für ein Gefolgschaftsfest im Gange. Um 20 Uhr werden in

der Nähe des Kreuzstadel Gräben ausgehoben. Um 21 Uhr beginnt das Fest im Schloß. Anwesend sind die örtliche Parteiprominenz, Gestapo, Graf und Gräfin *Bathyanni*, der Gutsverwalter, Kellner, HJ-Jungen. Später seien noch die Mädchen aus der Küche zum Tanzen gekommen, berichtet eine Zeugin.

Gegen 24 Uhr werden die Zwangsarbeiter vom Bahnhof zum Kreuzstadel transportiert.



In den blutigen Februartagen dieses Jahres hat der südburgenländische Ort *Oberwart* traurige Berühmtheit erlangt. Jetzt wird er Schauplatz einer Theater-Uraufführung, die die Erinnerungen an einen — für die Region nicht minder bitteren — Tag kurz vor *Kriegsende* wachruft.

Fast zur selben Zeit — auf dem Fest — ruft der Gestapo-Chef *Podezin* einige Leute in den Nebenraum. Es werden Gewehre an sie verteilt. Sie verlassen das Fest und fahren zum Kreuzstadel. Die inzwi-

schen dort eingetroffenen Juden müssen sich nackt ausziehen und werden erschossen.

Die Mörder gehen zurück auf das Fest und feiern bis in die Morgenstunden weiter. »An *Podezin* fiel auf, daß er sehr viel tanzte«, weiß ein Kellner später zu berichten.

Inspiziert von den historischen Fakten dieses Totentanzes hat der südburgenländische Autor *Peter Wagner* ein brisantes Bühnenstück geschrieben, das er allerdings nicht als deckungsgleiche Rekonstruktion der damaligen Ereignisse verstanden wissen will. Sein Anliegen ist vielmehr, zu zeigen, wie dünn und brüchig die Haut der Zivilisation wird, wenn eine Gesellschaft ihre Endzeit erfährt und Tabubrüche umso lustvoller erlebt werden, weil es nichts mehr zu verlieren gibt: das Massaker als letzter, rauschhafter Höhepunkt, bevor alles vorbei ist.

»März. Der 24.«
von *Peter Wagner*
Regie: *Walter Davy*
24. 3. - 9. 4. 1995

jeweils Fr. u. Sa., 20 Uhr
und So., 10 Uhr 30

»Offenes Haus Oberwart«
Lisztgasse 12
Tel.: 03352/8555

20. 4.: *Schlußvorstellung* im
Kulturzentrum Eisenstadt
Buchtip: *Peter Wagner*,
Tetralogie der Nacktheit
(mit dem Text des
besprochenen Stücks).

Oberwart:
edition *lex liszt 12*, 1995

(zu bestellen bei obiger
Adresse)

Gabriele Müller-Klomfar

Antisemitismus selbst ist aber auch der Kampf gegen ihn: Ein Teil der Ausstellung ist diesem Thema gewidmet. Ergänzend dazu gibt ein Katalog mit rund 40 Beiträgen renommierter Autoren die Möglichkeit, sich mit den gesellschaftspolitischen, ökonomischen und religiösen Hintergründen des Phänomens auseinanderzusetzen.

gmk

Die Macht der Bilder
28. 4 - 30. 7. 1995
Jüdisches Museum
der Stadt Wien
1010 Wien; *Rabensteig 3*

Die Macht der Bilder

Der jahrtausendelangen Geschichte antisemitischer Vorurteile und Mythen ist eine neue Ausstellung des Jüdischen Museums der Stadt Wien gewidmet. Vom Judentum antiker Epochen bis zum bedrückenden Nachkriegs-Phänomen des »Antisemitismus ohne Juden« spannt sich ein Bogen und dokumentiert anhand berührender Expo-

nate (Bilder, Objekte und Dokumente) eine Reihe immer wiederkehrender antisemitischer Klischeevorstellungen: die Juden als Gottesmörder, als Wucherer, Ausbeuter und unehrliche Geschäftemacher, als heimatlose Fremde, minderwertige Menschen, die es zu vernichten gilt, oder als nach Weltherrschaft strebende Gruppe. Uralt wie der



Gastspiel des Romatheaters Pralipe im ODEON 9. bis 13. April 1995

Am 18. und 19. Februar 1995 gastierte das Romatheater Pralipe mit »O baro phani – Das große Wasser« und mit »Romeo und Julia« im Burgtheater. Direktor Claus Peymann reagierte mit dieser Einladung spontan auf die Bombenanschläge in Oberwart und Stinatz und wollte ein kulturpolitisches Zeichen setzen, das auch von der »Empfehlung« des Sozialministers, die großes mediales Echo fand, nicht überschattet werden konnte. Ein begeistertes Publikum gab Standing ovations.

Pralipe entstand vor 20 Jahren auf Initiative Rahim Burhans in der Romasiedlung in Skopje (Makedonien). Als

5 Jahre Studio »Chiftetelli«

Seit Jänner 1990 ist das Studio »Chiftetelli« in Wien beheimatet, um der kontinuierlichen und kompetenten Pflege des Orientalischen Tanzes auch hierzulande Raum zu geben. Wie gut das Vorhaben gelungen ist, beweist die haus eigene Jubiläumsausstellung, die »5 Jahre Bauchtanzgeschichte in Wien« noch bis 31. März dokumentiert. Internationale Lehrer und Künstler wie Rad-

ha Anjali (Indischer Tanz), Hassan Khalil, Shahrazad, Dietlinde Bedauia Karkutli u.v.a. haben durch ihre Mitarbeit am Unterricht und durch Auftritte diese ersten fünf Jahre im Studio Chiftetelli maßgeblich mitgestaltet. Als festlicher Höhepunkt des Jubiläumsjahres wird im Rahmen des »Pyramidenfestes« am Samstag, 13. Mai 1995 ab 20 Uhr der City Club in Vösendorf orientalisch ver-

Die Sprache der Göttin

Bilder, Figuren, Zeichen und Texte aus Volksbräuchen, den Arbeiten der Urgeschichtsforscherinnen und vieler Künstlerinnen bilden die Meilensteine einer Wanderung durch die Symbolsprache, die mit der Geschichte der Frauen eng zusammengewachsen ist. Seit Februar läuft in der Volkshochschule Hiet-

zing eine Vortragsreihe, die zehn Vorträge und fünf »Keramikabende« (bis 29. Juni) umfasst, an denen die Eindrücke in Ton geformt werden können. Die Vortragenden, Maria Luise Botros und Mandana Alavi Kia, kombinieren ihre Geschichten mit den praktischen Hinweisen der Keramikerin Martha El-Kafrawy-

ursula Hemetek

Hause ist. Die Produktionen von Pralipe machen nicht bloß von der Sprache – dem Romanes – Gebrauch, sondern vor allem von pantomimischer Darstellung und ausdrucksvoller Körpersprache.

Die Initiative Minderheiten organisiert nun, damit diesem Gastspiel des Romatheaters in Wien ein weiteres folgen soll – vor allem mit jenen Produktionen, die noch nicht im

ursula Hemetek

Näheres über Kursangebote etc.: Studio »Chiftetelli« Neubaugasse 40A, 1070 Wien Tel.: 0222/ 813 95 96

Burgtheater gezeigt wurden – eine Aufführungsserie mit Pralipe in Wien. Das ODEON hat in einer kurzfristigen, spontanen Entscheidung das Gastspiel auf unsere Vermittlung hin übernommen, die Kulturabteilung der Stadt Wien, »kulturkontakt« und der Wiener Integrationsfonds unterstützen das Projekt. Auch private Sponsoren konnten gefunden werden.

Wir freuen uns, das Romatheater Pralipe mit folgenden Stücken ankündigen zu können:

Hexen
9. und 10. April 1995
Ratvale bijava - Bluthochzeit
11. und 12. April 1995
Romeo und Julia
13. April 1995
Beginn jeweils 20 Uhr
ODEON
Taborsstr. 10, 1020 WIEN
Kartenreservierung unter
214 55 62 und an der Kasse

Ursula Hemetek

Lenz. Von letzterer stammen auch die Exponate der Ausstellung »Idole und Gefäße der Göttin«, die als Rahmenprogramm der Vortragsreihe am 20. April eröffnet wird. Mit ihren Tänzen und Tönen wird Mandana Alavi Kia, die aus Teheran gebürtige Sängerin, Tänzerin, Performance-Künstlerin und Vortragsleiterin, die Ausstellung einweihen: »Tonjagd« nennt sie ihre Performance, in der der Körper den Tönen nachjagt, die in Ursilben ihren Klang finden. red

Idole und Gefäße der Göttin / Tonjagd
Vermissage von und mit Martha El-Kafrawy-Lenz und Mandana Alavi Kia
20. April 1995, 19 Uhr
Ausstellung bis 31. Mai 1995
in der VIHS Hietzing
Hofwiesengasse 48,
1130 Wien
Tel.: 0222/ 804 55 24-15

Karl Stojka, ein Rom vom Stamm *Bagareshti*, seit Mitte der siebziger Jahre Maler und seit kurzem auch Autor, teilt uns auf 141 Seiten inklusive 35 Abbildungen sein Lebensschicksal mit.

Sein künstlerisches Gesamtwerk ist ein Zeugnis der Verfolgung und Vernichtung der Roma in den Nazi-Konzentrationslagern. Seine Ausstellung »Eine Kindheit in Birkenau – A childhood in Birkenau« zeigt Bilder der tragischen Erinnerungen seiner Kindheit. 1992 wurde diese Ausstellung im U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. gezeigt.

Am 20. April 1931 als Kind reisender Zigeuner im Burgenland geboren, erlebt Karl Stojka – sein Vater war Pferdehändler – noch die Zeit der Wanderschaft. Nach dem Anschluß an Hitler-Deutschland wurden die Roma und Sinti nach und nach zur Selbsthaftigkeit gezwungen. Kontrollen und die Forderung nach Dokumenten durch die Gendarmerie, welche ihr Leben zu reglementieren suchten, nahmen allmählich zu. 1942 wird der Vater Karl Stojkas von den Nazis verhaftet und in Mauthausen ermordet. Der Familie teilt man mit, daß er an einem Herzinfarkt verstorben wäre. Am 3. März 1943 wird der damals 11jährige Karl Stojka von der Gestapo von der Schule abgeholt und auf einen Lastwagen »verfrachtet«, auf dem sich bereits seine Mutter und seine fünf Geschwister befinden. Seine Familie wird gemeinsam mit allen anderen Wiener Zigeunern innerhalb der nächsten drei Wochen ins Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau gebracht.

Das thematische Hauptgewicht der Erzählung fällt aber auf die Zeit in den Konzentrationslagern: »Wenn ich heute auf mein Leben zurückblicke, so waren sicher die Jahre des Krieges und die Zeit im Konzentrationslager das prä-

gende Element ... Heute noch sehe ich sie vor mir, die Baracken, den Stacheldraht und die Menschen, die eigentlich schon Tote waren« (S.9). Viele starben an Flecktyphus, so auch der jüngere Bruder Karl Stojkas. Jeder kämpfte um sein Leben und um das seiner Familie. Rücksichtnahme auf den anderen konnte man sich nicht leisten. So berichtet Stojka, daß man sich sogar manchmal das Brot aus den Händen klaute, selbst den Toten wurden die Taschen geleert, falls sich noch letzte Brotrinden auf finden ließen. »Es gab Kannibalismus unter den Häftlingen, einmal hat ein Häftling versucht, an unserem Feuer ein Stück Fleisch zu rösten, von dem man sehen konnte, daß es Menschenfleisch war« (S. 48). Am 2. August 1944 wurde das Konzentrationslager Birkenau aufgelöst. Nur aufgrund eines glücklichen Vorfalls kamen Karl und seine Schwester Ceija durch die »Selektion«. Karl Stojka und sein älterer Bruder wurden nach Buchenwald gebracht (erst nach drei Jah-

Karl Stojka und Reinhard Pohanka (wer von den beiden mehr, bleibt leider offen) verstehen es, durch eine einfache Sprache und durch eine sehr bildhafte Erzählweise dem Leser das Geschehene »hautnah« zu vermitteln. Die Anordnung der Kapitel, die die Chronologie des Erlebten durchbricht, führt dazu, daß der Leser ei-

Ein Leben durch Welten

Karl Stojka/Reinhard Pohanka, *Auf der ganzen Welt zu Hause. Das Leben und Wandern des Zigeuners Karl Stojka.* Wien: Picus Verlag 1994

nerseits immer wieder in eine andere Erlebniswelt einsteigt, andererseits die Möglichkeit hat, die einzelnen Lebensabschnitte Karl Stojkas in einem umfassenderen, auf sein gesamtes Leben bezugnehmenden Kontext zu betrachten. Die 17 Kapitel sind kurz gehalten, die einzelnen Erzählungen vordergründig situationsgebunden, und dennoch zieht sich ein dünner Faden durchs ganze Werk, gebildet durch ein splitterhaftes Aufzeigen von Elementen der Romakultur. Die groben Teile dieses »Puzzles« bilden das Leben Stojkas als Händler mit Stoffen und Teppichen in Wien, seine Ortswechsel innerhalb Europas, sein Amerikaaufenthalt (1967 - 1973), den er sehr abenteuerlich und stellenweise auch recht amüsant schildert.

Das thematische Hauptgewicht der Erzählung fällt aber auf die Zeit in den Konzentrationslagern: »Wenn ich heute auf mein Leben zurückblicke, so waren sicher die Jahre des Krieges und die Zeit im Konzentrationslager das prä-

gende Element ... Heute noch sehe ich sie vor mir, die Baracken, den Stacheldraht und die Menschen, die eigentlich schon Tote waren« (S.9). Viele starben an Flecktyphus, so auch der jüngere Bruder Karl Stojkas. Jeder kämpfte um sein Leben und um das seiner Familie. Rücksichtnahme auf den anderen konnte man sich nicht leisten. So berichtet Stojka, daß man sich sogar manchmal das Brot aus den Händen klaute, selbst den Toten wurden die Taschen geleert, falls sich noch letzte Brotrinden auf finden ließen. »Es gab Kannibalismus unter den Häftlingen, einmal hat ein Häftling versucht, an unserem Feuer ein Stück Fleisch zu rösten, von dem man sehen konnte, daß es Menschenfleisch war« (S. 48). Am 2. August 1944 wurde das Konzentrationslager Birkenau aufgelöst. Nur aufgrund eines glücklichen Vorfalls kamen Karl und seine Schwester Ceija durch die »Selektion«. Karl Stojka und sein älterer Bruder wurden nach Buchenwald gebracht (erst nach drei Jah-

ren sollten sie ihre Mutter und ihre Schwestern wiedersehen), Anfang 1945 nach Flossenbürg verlegt. Anfang März wurde das Lager Flossenbürg aufgelöst, die noch marschfähigen Häftlinge wurden auf die Landstraße geführt. Der Todesmarsch begann – oder anders ausgedrückt: der Wettlauf mit der Zeit; denn das Ende des Krieges war spürbar. Von den 62.000 Menschen, die man aus Flossenbürg wegtrieb, überlebten lediglich 3000. Abschließend meint Stojka, daß das, was Hitler nicht gelungen ist, nämlich »die Zigeuner aus Europas Gesellschaft zu tilgen«, die moderne Zeit den Roma und Sinti angetan hat: »Wir sind nur mehr Reste in einem Museum der Menschheit, eine mahnende Erinnerung des Kontinents Europa.« Nach den Bombenanschlägen in Oberwart und Stinatz stellt sich die Frage, ob nicht auch diese »mahnende Erinnerung« ihr Gewicht schon eingebüßt hat.

Margit Rohringer

Margit Rohringer

Margit Rohringer



Blöde Briefe an g'scheite Leut'

Kosilo, Blöde Briefe.

Wien: Verlag Otto Komarek 1994, 304 Seiten/ öS 298,-

Eigentlich steht in unserem schnelllebigen Telefon- und Faxzeitalter zu befürchten, daß die Kunst des Briefeschreibens bald gänzlich in



Vergessenheit gerät. Umso erfreulicher, daß jetzt ein moderner Virtuose dieser uralten Kommunikationsform besonders herzhaft Leckerbissen aus seiner humorige Briefesammlung veröffentlicht hat.

Fünf Jahre lang hat sich der Wiener Clown, Akrobat und Theatermacher »Kosilo« alias Walter Kosar mit spitzer Feder, schrägem Witz und Sinn für Situationskomik brieflich an Firmen, Behörden und Prominente aus Politik und Kultur gewandt, diesen »blöden Briefen an g'scheite Leut'« öS 20,- fürs Rückporto beigelegt und dann der Antwortbriefe geharrt, die da kommen sollten. Und sie kamen tatsächlich: vom Poli-

Des Professors neue Bilder

Bekannt ist er durch sein langjähriges wissenschaftliches und schriftstellerisches Engagement für Minderheiten und für interkulturelle Verständigung: Peter Gstettner, Professor an der Universität Klagenfurt (siehe Artikel in diesem Heft, S. 6-8), greift, wenn er die Feder für eine Weile weglegt, zum Pinsel. Seit 1983 malt er

Aquarelle, die für ihn eine intellektuelle Herausforderung darstellen, »da ich – ganz ähnlich wie im Beruf – versuche, nicht nur Licht und Schatten, hell und dunkel, mit dem Pinsel einzufangen, sondern die Farbschattierungen, die Schatten in den Schatten eines Blau oder Braun«. Doch eine weitere Motivation, die seiner – angesichts der zahlreichen Ausstellungen ein Hobby weit überschreitenden – Nebenbeschäftigung zugrundeliegen muß, wollen seine Bilder nicht verbergen: Fernweh.

So zeigt Gstettner im Wiener Haus Celeste seine Aquarelle »Bilder und Ansichten aus Griechenland und Italien«. red

Vernissage am 1. April 1995
Ausstellungsdauer
bis 30. April,
täglich ab 17 Uhr
im Haus Celeste
Hamburgerstr. 18
1050 Wien



zeipräsidenten Bögl, Bischof Krenn und Grün-Politiker Pilz, vom Staatsopernchef Ioan Hollender, von der Tier-tante Edith Klinger, dem Ex-Bürgermeister Zilk und Bundeskanzler Vranitzky, von AUA, Mac Donalds und ORF.

Manche davon klangen irritiert, manche auch böse bis bösartig; viele aber überraschten mit erstaunlich viel Humor. So beantworteten etwa Vertreter der Exekutive die Suchanzeige eines »Kopflösen« betreffs seines verlorenen Hauptes mit der Frage

nach detaillierterer Schädelbeschreibung (Eierschädel? Holzkopf?). Und Bundeskanzler Vranitzky konnte auch mit einem »Stellenansuchen als Hofnarr« nicht aus der Ruhe gebracht werden: Er verwies freundlich, aber bestimmt auf das Amtsblatt der Wiener Zeitung, in dem alle staatlichen Stellen öffentlich ausgeschrieben würden! Kurzum: Realsatire vom Vergnüglichensten, in der zu schmökern sich lohnt!

Gabriele Müller-Klomfar

Alle Klangfarben Griechenlands ...

... verpackt in sorgfältigen Arrangements, finden sich auf der jüngst erschienenen – und ersten – CD des Duos Marios & Julie. Ihr Inhalt hält, was der Titel »Panorama« verspricht: einen wohlklingenden Streifzug durch das sonnige Griechenland. Zu hören gibt es Rembetiko (den sog. »griechischen Blues«), Nisiotika (Musik der ägäischen Inseln), Dimotika (Volkslieder vom Festland), traditionellen Laika, Tsiftetelli (Bauchtanz), Zeimbekika – und last not least: Eigenkompositionen, die ins Ohr gehen. Alles in allem ein

Leckerbissen nicht nur für Graecophile; dargeboten von zwei Vollblutmusikern, die in Wien ansässig sind: Der aus Athen gebürtige Marios Anastassiou zupft Bouzouki und Baglama mit Hingabe und Virtuosität; Juliana Rixinger, laut launigem CD-Begleittext »genetischer Knotenpunkt griechischer und österreichischer Ethnien«, besticht mit ausdrucksvoller Stimme. gmk

Marios & Julie: Panorama zu bestellen (Nr. 221-2) bei: »Extraplatte«; Postfach 2; 1094 Wien



im April

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn man gleichzeitig einer hungrig-lüsternen Mehrheit zum Fraß vorgeworfen wird, und das noch dazu vom eigenen Herrn Minister. War der alte schon ein Quälgeist mit seinen Marotten von Behindertenintegration und so, aber der hat wenigstens seinen eigenen Haider gehabt, der ihn jeden Tag viermal rituell als Kulturbolschwiken entlarvte. Aber der neue erst! Heulen und Zähneknirschen sind überall zu hören, spitze Schmerzensschreie prallen an das herzlose Gestein von Ötscher, Großglockner und Kahlenberg und werden als Echo ins Land zurückgeworfen. Und sogar hier, während des kleinen Osterurlaubs in einem schmucken Kretadorf, verfolgen sie einen nach dem Mittagessen bis in die Alpträume!

Bald wird es dazu kommen, daß wir unsere Personaldokumente fälschen und in der Sparte »Beruf« das ver-räterische Wort »Lehrer« ersetzen müssen durch Wafenschieber, Zuhälter oder Rauschgiftdealer, um noch halbwegs ungestört dem öffentlichen Zorn zu entkommen. Das heißt, Wafenschieber wäre schlecht, da würden alle »Herr Graf« zu uns sagen und fragen, wie es unserem Straußenzuchtbetrieb geht und ob er eh genug Hutfedern abwirft für die werte Frau Gemahlin. Und woher sollen wir das wissen?

Der neue Herr Minister also! Vor kurzem wollte er mit einem Federstrich dekretieren, daß die Stunde fünfundvierzig Minuten hat! Dabei weiß seit St. Educatius jedes Kleinkind, daß die Stunde fünfzig Minuten hat. Zahlreiche Physik- und Mathematik-Oberstudienräte sind schon in tiefste Depression verfallen und ha-

ben um sofortige Frühpen-sionierung angesucht, weil sie diesem frechen An-schlag auf die altbewährte Ordnung nervlich nicht mehr gewachsen sind. Zwar muß man alle heiligen Zeiten einmal ein Sekündchen in den Kalender hineinschummeln, aber täglich mehrmals der Stunde fünf Minuten abhacken, das geht zu weit! Fünfundvierzig Minuten! Wir sind ja nicht in einer TV-Seifenoper oder auf dem Fußballplatz!

Und weil ihn die eigenen Parteifreunde so ärgern, zieht der Herr Minister



noch weitere Giftpfeile aus dem Köcher, um uns zu quälen. So will er, daß Supplierstunden erst dann bezahlt werden, wenn wir sie auch halten, und nicht nur, wenn wir sie halten könnten. Was weiß denn der von unserem seelischen Leidenszustand, wenn wir uns frühmorgens auf den Schulweg machen und nicht wissen, ob nicht vielleicht unvermutet eine Supplierstunde anfällt. Dagegen ist ein Damokles-Schwert direkt eine Streicheleinheit!

Und das alles unter den üblichen widrigen Umständen. Vor kurzem erst wurde eine Kollegin, nach soforti-

ger Be-
Schul-
Schoo-
häusl-
sen. S-
profes-
zu ein-
halter-
scher-
ansta-
nem-
Übers-
ersch-
nehm-
»Nein-
darauf-
Davor-
Dafür-
Neide-

6000 Menschen lesen die STIMME von und für Minderheiten

Aber die STIMME von und für Minderheiten hat nur 167 AbonenntInnen! (Stand: Dezember 1994)

Worauf warten Sie noch? Wir warten auf Ihre Unterstützung! Danke!

Erscheinungsort Innsbruck. Verlagspostamt 6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben Nr. 35/95
Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Klostergasse 6, 6020 Innsbruck



WIENER
INTEGRATIONSFONDS

Bundesministerium
für Wissenschaft
Forschung und Kunst

